



# Termine Themen Texte

Heft 55 – Januar 2017



Herausgegeben von der  
**Akademie für die Ländlichen Räume**  
Schleswig-Holsteins e.V.

## **Impressum**

Herausgeberin:

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Hermann-Josef Thoben (V.i.S.d.P.)

### **Geschäftsstelle:**

Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek

Telefon: 0 43 47 - 704-800

Fax: 0 43 47 - 704-809

E-Mail: [info@alr-sh.de](mailto:info@alr-sh.de)

Internet: [www.alr-sh.de](http://www.alr-sh.de)

Redaktion: Ines Möller

Gestaltung des Titelblattes: Ines Möller (ALR)

Druck: Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte

### **Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.**

1. Hermann-Josef Thoben, Vorsitzender
2. Jörg Bülow, stellvertretender Vorsitzender und Hauptgeschäftsführer des SHGT (Gemeindetag)
3. Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein
4. Tim Brockmann, Geschäftsführer von Handwerk S.H e.V.
5. Kirsten Eickhoff-Weber, MdL
6. Birgit Feddersen
7. Dr. Jörn Klimant, Landrat in Dithmarschen
8. Friedemann Magaard, Pastor und Geschäftsführer des Christian-Jensen Kollegs, Breklum
9. Petra Nicolaisen, MdL
10. Stephan Richter, ehem. Chefredakteur shz



## EDITORIAL

### **Liebe Mitglieder und Freunde der ALR,**

mit großer Dankbarkeit blicke ich zurück auf mein erstes Jahr als Vorstandsvorsitzender der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V..

Besonders dankbar bin ich den vielen Menschen, ob als Mitglied im Vorstand und den übrigen Gremien der ALR, ob als Mitglied des Vereins, Teilnehmer an unseren Veranstaltungen, Gesprächspartner hier in Schleswig-Holstein oder auf verschiedenen bundesweiten Bühnen.

Ich habe den Eindruck, dass das Spektrum der Themen zu den ländlichen Räumen in Deutschland aber auch im benachbarten Dänemark in der Gesellschaft derzeit deutlich größer wird. Indizien hierfür sind die weltweit wachsenden Hinweise auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der ländlichen Regionen sowohl im politischen Diskurs als auch in der Berichterstattung in den Medien.

Für mich persönlich war in dieser Hinsicht die Diskussion um die Landesentwicklungsstrategie (LES) sehr bedeutend. Viele dort genannte gute beispielhafte Projekte (best practice)

haben ihren Standort im ländlichen Raum. Das gilt insbesondere auch für gute Beispiele im Bereich der Integration von Flüchtlingen und Migranten.

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bedanken bei dem Begleitgremium der von uns in Auftrag gegebenen - mit Mitteln des MELUR geförderten - Expertise „Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum“. Die Ergebnisse werden wir voraussichtlich Ende März 2016 mit konkreten Empfehlungen für die zukünftige Integrationsaufgabe in den ländlichen Regionen präsentieren. Schon heute können wir feststellen, dass in vielen Dörfern die bereits vorhandenen ehrenamtlichen Potentiale durch den Zuzug der „Neuen Nachbarn“ deutlich stärker genutzt werden können. Insbesondere freue ich mich darüber, dass viele Menschen in unseren Dörfern und kleinen Städten diese Veränderung eher als Chance denn als Risiko ansehen.

Wir werden diese Stärken der ländlichen Räume bei der Bewältigung neuer Herausforderungen noch stärker in den Mittelpunkt unserer zukünftigen Medienarbeit stellen.

Unsere aktuelle Teilnahme bei der

Internationalen Grünen Woche (vom 20. bis 29. Januar 2017) in der Halle „Lust aufs Land“ im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist eine dafür besonders geeignete Plattform. Wir wollen in Berlin in enger Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen „Forum ländlicher Raum“ die Standortvorteile der ländlichen Räume für ein gesundes Leben zeigen. Ein besonderes gemeinsames Anliegen ist es uns, innovative Beispiele für mehr Gemeinschaft, gute Bildung, aber auch für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung aufzuzeigen, bei der neue Entwicklungen unter Einbeziehung der digitalen Medien von besonderer Bedeutung sind. Wir werden mit dem sozialen Projekt des Circus UBUNTU aus Horst im Kreis Steinburg auf der Landschaubühne der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) an allen Tagen in Berlin ein herausragendes Beispiel für gelungene Inklusion zeigen, das die Besucher wieder – wie im letzten Jahr – in einer ganz besonderen Weise berühren wird. Die strahlenden Gesichter der Kinder und Jugendlichen und das ermutigende „Hepp“ am Ende eines jeden Auftritts von morgens 10.00 Uhr bis abends 18.00 Uhr sind einzigartige Symbole für moderne ländliche Regionen, die ständig über sich hinauswachsen.

In diesem Heft finden Sie noch viele weitere gelungene Beispiele zu aktu-

ellen Themen der ALR, zur Vielfalt unserer Aufgaben und nicht zuletzt zu aktuellen Themen unter „Europa aktuell“.

Besonders bestärkt in der Bewältigung unserer Aufgaben fühle ich mich durch die sehr erfolgreiche Mitgliederversammlung am 15.12.2016 mit anschließendem Parlamentarischem Abend im Landeshaus Kiel. Der bei dieser Gelegenheit herausgegebene Tätigkeitsbericht 2016 zeigt die speziell durch unsere Geschäftsstelle geleistete Arbeitsmenge in höchster Qualität.

Besonders freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand, der in 8 Positionen aufgrund Wiederwahl unverändert ist und mit der Landtagsabgeordneten Kirsten Eickhoff-Weber (Sprecherin der SPD-Fraktion für Agrarpolitik und ländliche Räume) und Stephan Richter (ehemaliger Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages) um zwei Personen ergänzt wurde, die aufgrund ihrer Kompetenzen die bisherige erfolgreiche Vorstandsarbeit wesentlich bereichern werden. Der langjährigen Vorsitzenden der Akademie und nun leider aus dem Vorstand ausgeschiedenen Helga Klindt danke ich für ihren stets engagierten und sachverständigen Einsatz für die Belange der ländlichen Räume und für die konstruktive und vertrauensvolle Zusam-

menarbeit. Der Vorstand und die Geschäftsstelle werden sie vermissen und hoffen auf ein künftig weiteres enges Miteinander.

Jetzt wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Lektüre unseres TTT, das wie immer von Ines Möller aus unserer Geschäftsstelle mit großem Engagement redaktionell betreut wird.

Gerne appelliere ich bei dieser Gelegenheit an Sie, uns Ihre Meinung zum TTT mitzuteilen. Schicken Sie

eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Wir sind auf Ihre Meinung angewiesen, um ständig besser zu werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein neues Jahr 2017, das Sie erleben mögen in Gesundheit, Dankbarkeit und Zufriedenheit.

Ihr

*Hermann-Josef Thoben*  
*Vorsitzender der ALR*

<b>Editorial</b> .....	3
<b>Termine</b> .....	7
<b>Themen</b>	
Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum .....	14
2. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016 .....	17
„500 LandInitiativen“ - Bundesweites Programm des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	18
Neues Infoportal „Zukunft.Land“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	19
Regionalität fällt nicht vom Himmel! Regionalbewegung fordert Bundesprogramm Regionalvermarktung .....	19
„MarktTreff bleibt ein lernendes Projekt – das ist unsere Stärke“ Interview mit Christina Pfeiffer (MELUR) .....	21
Neue Abteilung für ländliche Räume im Bundeslandwirtschaftsministerium .....	22
Neue Fördermaßnahmen zur Stärkung der Grundversorgung auf dem Land .....	23
Weiterentwicklung der ländlichen Gebiete auf den Erkenntnissen des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum SH .....	24
<b>Aus der Arbeit der Akademie</b>	
Qualifizierung von Geflüchteten durch die Handwerkskammer Flensburg .....	28
Informationsbörse Klimawandel und Energie in Rendsburg .....	30
Nahversorgung im Wandel .....	32
Wo bleiben die Ausgleichsgelder? .....	34
NORLA 2016 .....	38
70 Jahre Schleswig-Holstein – Landesjubiläum in Eutin .....	40
Neuer Vorsitz bei der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) .....	41
Mitgliederversammlung ALR e.V. im Landeshaus Kiel .....	42
Parlamentarischer Abend: Projekt „Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum“ .....	43
Flüchtlingskonferenz 2016 in Lübeck .....	46
„Wege mit Aussichten“ – Ausbaubeiträge für Straßen und Wege: Neuer Leitfaden für Kommunen .....	48
<b>Europa Aktuell</b>	
Botschaftergespräch Slowakei - Spannende Diskussion über Europäische Flüchtlingspolitik .....	50
12 neue Projekte der Aktion „Neue Wege in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ starten ab Januar 2017 .....	50
Bildungsförderung, die beim Bürger ankommt: Der Weiterbildungsbonus Schleswig-Holstein .....	51
FORCE – Neue Konzepte zur Abfallvermeidung und -Behandlung .....	52
<b>Literaturtipps</b> .....	53
<b>Text</b>	
Räumliche Gerechtigkeit – Ein Thema für Landentwickler und sonstige Geodäten?! .....	58
<b>Adressenverzeichnis der Veranstalter</b> .....	70



# TERMINE

Veranstaltungen der ALR finden Sie immer aktuell im Internet unter [www.alr-sh.de/Veranstaltungen](http://www.alr-sh.de/Veranstaltungen).  
Die Adressen der Veranstalter befinden sich am Ende dieser Ausgabe.

## Januar 2017

### Messe

- 20. - 29.01. Internationale Grüne Woche Berlin**  
Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft  
sowie des Gartenbaus  
Ort: Messedamm Berlin

### Veranstaltung

- 26. 01. Zukunftsforum ländliche Entwicklung**  
„Veränderte Lebensstile und Mobilitäten:  
Neue Wohnformen im Ländlichen Raum“  
Begleitveranstaltung IGW  
Ort: Berlin, Messezentrum ICC, City Cube Berlin  
Veranstalter: ARGE Ländlicher Raum

## Februar 2017

### Seminar

- 10.02. Alte Kulturtechniken neu erlebt**  
Ort: Redderhof, Hohenesch 18, 25560 Pöschendorf  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche  
Räume (BNUR) Flintbek  
Leitung: Dr. Jürgen Golz, Pöschendorf,  
Bettina Watermann, (BNUR)  
Teilnahmebeitrag: 45,- Euro zzgl. Verpflegung

**Seminar**

- 15.02. Energie- und Klimaschutzmanagement in Kommunen**  
Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) Flintbek  
Veranstalter: BNUR in Kooperation mit MELUR und IB-SH  
Leitung: Alexandra Oboda  
(Investitionsbank Schleswig-Holstein)  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

**Veranstaltung**

- 27.02. Perspektiven für den Ökolandbau –  
Ökologische Landwirtschaft traditionell und modern**  
Ort: Halle der Landwirtschaftskammer in Rendsburg,  
NORLA Gelände  
Veranstalter: Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft,  
Umwelt und ländliche Räume des Landes SH (MELUR)  
Leitung: Doris Neuschäfer (MELUR)

**März 2017****Seminar**

- 01.03. Mit Natur gewinnen –  
Naturausstattung und regionale Wertschöpfung**  
Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) Flintbek  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek (BNUR)  
Leitung: Anne Benett-Sturies (BNUR)  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

**Seminar**

- 03. - 04.03. Europas Grenzen – Festung Europa:  
Hat die Europäische Flüchtlingspolitik eine Zukunft**  
Ort: Akademie Sankelmark  
Veranstalter: Europäische Akademie S-H in Kooperation mit der Akademie Sankelmark  
Leitung: Dr. Heiko Hiltmann, Dr. Christian Pletzing  
Teilnahmebeitrag: 93,- € im EZ



**Seminar**

- 09.03. Zukunft Dorf – Bürgerbeteiligung auf dem Prüfstand**  
Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) Flintbek  
Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.  
Leitung: Torsten Sommer, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Andrea Weigert, Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

**Seminar**

- 23.03. Halbzeit in der EU-Strukturförderung 2014-2020 – Welches Zwischenfazit zieht Schleswig-Holstein?**  
Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) Flintbek  
Veranstalter: Europa-Union Deutschland  
Leitung: Lisa Kühn, Europa-Union Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e. V., Europe-Direct Informationszentrum Kiel

**Veranstaltung**

- 29.03. Naturerlebnisangebote in Mittelholstein – Touristiker treffen Naturerlebnisanbieter zu Saisonbeginn**  
Ort: Café-Restaurant Am Boxberg, Aukrug  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek in Kooperation mit: Lokale Tourismusorganisation Mittelholstein, Rendsburg, Naturpark Aukrug, Naturpark Westensee, Stadt Neumünster  
Leitung: Bettina Watermann (BNUR), Monika Heise (Lokale Tourismusorganisation Mittelholstein)

**April 2017****Seminar**

- 04.04. Wie sichern Kommunen ihre Rechte?**  
Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek

Veranstalter: BNUR in Kooperation mit: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag  
Leitung: Andrea Weigert, Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

### Seminar

#### 26.4. **Was tun gegen Lärm?**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Veranstalter: BNUR in Kooperation mit: Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume SH (MELUR)  
Leitung: Ludger Gliemann (LLUR), Alexander Brückner (MELUR)  
Teilnahmebeitrag: 45,- € zzgl. Verpflegungskosten

### Seminar

#### 27.04. **Digitalisierung – mehr als schnelles Internet Die Dimensionen der Digitalisierung ländlicher Räume**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Veranstalter: BNUR in Kooperation mit: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.  
Leitung: Torsten Sommer, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e. V., Flintbek, Andrea Weigert, Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

## Mai 2017

### Seminar

#### 09.05. **Zukunft auf dem Land durch partnerschaftliches Engagement**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek

Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) in Kooperation mit der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. (ALR)  
Leitung: Torsten Sommer (ALR), Andrea Weigert (BNUR)  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

## Seminar

### 10.05. **Die Schritte der kommunalen Wärmeplanung**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Kooperation mit: MELUR, IB.SH  
Leitung: Alexandra Oboda (IB.SH)  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

## Seminar

### 22.05. **Akteure im ländlichen Raum – Wer macht was, für wen und wie kann ich es für mich nutzen?**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Kooperation mit der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.  
Leitung: Anne Benett-Sturies (BNUR), Bruno Ophey (ALR)  
Teilnahmebeitrag: 22,50 €

## Juni 2017

## Seminar

### 8.6. **Bürgerbeteiligung gut auf den Weg bringen – wie geht das?**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume  
Leitung: Irmela Feige (Moderation, Supervision, Mediation, Hamburg)  
Teilnahmebeitrag; 120,- € zzgl. Verpflegungskosten

**Seminar mit Exkursion****16. - 18.06. Die Eider – eine Flusslandschaft erleben**

Ort: Akademie Sankelmark  
Veranstalter: AkademieSankelmark  
Leitung: Dr. Heiko Hiltmann  
Teilnahmebeitrag ca. 234,- € im EZ

**Seminar****26.06. Anpassung an den Klimawandel –  
Was können die Kommunen leisten?**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume,  
Flintbek  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche  
Räume in Kooperation mit dem Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume SH (MELUR)  
Leitung: Dr. Michael von Abercron, Norbert Hölcker (beide  
MELUR)  
Teilnahmebeitrag: 45,- € zzgl. Verpflegungskosten

**Juli 2017****Seminar****04.07. Plietschhuus, Primarhaus und Co. –  
Perspektiven für Kindergärten, Grundschulen und  
Bildungszentren im ländlichen Raum**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume,  
Flintbek  
Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche  
Räume in Kooperation mit der Akademie für die Ländlichen  
Räume Schleswig-Holsteins e.V., Ministerium für Energie-  
wende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume SH  
(MELUR), Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen  
S-H (IQSH)  
Leitung: Andrea Weigert, (BNUR)  
Teilnahmebeitrag: 45,- € zzgl. Verpflegungskosten

**Seminar mit Exkursion**

- 04. - 06.07. Faszination Leuchtturm:  
Die schönsten Leuchttürme in Schleswig-Holstein**  
Ort: Akademie Sankelmark  
Veranstalter: Akademie Sankelmark  
Leitung: Dr. Heiko Hiltmann  
Teilnahmebeitrag: 234,- € im EZ

**Tagung mit Exkursion**

- 07. - 09.07. Die Königsau: Natur, Kultur, Geschichte**  
Ort Akademie Sankelmark  
Veranstalter: Europäische Akademie Schleswig-Holsteins  
Leitung: Jörg Memmer  
Teilnahmebeitrag: 239,- € im EZ



**Schleswig-Holstein**  
Der echte Norden



**bildungszentrum**  
für natur, umwelt und ländliche räume  
des landes schleswig-holstein

**Netzwerke**  
Veranstaltungen

**Dialog**

**Qualifizierungen**  
**Bildung**

**Zertifizierung**  
Exkursionen






**Vom Wissen zum verantwortungsvollen Handeln**

- **Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit**
- **neutrale Informations- und Dialogplattform**
- **über 150 Veranstaltungen**
  - Naturschutz und Landnutzung
  - Zukunftsfähige Entwicklung auf dem Land
  - Ressourcenschutz und nachhaltiges Wirtschaften
  - Qualifikation für Beruf und Ehrenamt, Netzwerke
  - Bildung für nachhaltige Entwicklung/Umweltbildung



**NUN**  
zertifiziert

**Norddeutsch und nachhaltig:  
Mit Bildung Zukunft sichern!**

Bildungszentrum für Natur, Umwelt und  
ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein  
Hamburger Chaussee 25 | 24220 Flintbek  
T 04347 704-780 | F 04347 704-790  
[www.bnur.schleswig-holstein.de](http://www.bnur.schleswig-holstein.de)



# THEMEN

## **Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum**

Das neue Integrationsgesetz, das die Bundesregierung im Mai 2016 beschlossen hat, soll den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt erleichtern, die Angebote für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive verbessern sowie die Chancen auf die Erteilung einer dauerhaften Niederlassungserlaubnis erhöhen. Für die kommunalen Spitzenverbände ist vor allem die Einführung einer befristeten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge bedeutsam, da sie sich dadurch erhoffen, Integration besser steuern, durch Zuwanderung stark betroffene Kommunen vor Überforderung schützen und die Entwicklung von sozialen Brennpunkten vermeiden zu können. In diesem Beitrag werden Chancen und Grenzen einer Integrationssteuerung durch die Wohnsitzauflage vor dem Hintergrund des Forschungsstandes zu Zuwanderung und Integration im ländlichen Raum, der Erfahrungen mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in kleineren Städten und Gemeinden sowie der Debatte über demografischen Wandel und regionale Planung diskutiert.

### **Integration im ländlichen Raum**

Seit der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1950er und 1960er Jahren konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den städtischen Ballungsräumen der westdeutschen Bundesländer mit einem hohen Anteil an Industrie, verarbeitendem Gewerbe und spezialisierten Dienstleistungen. Die Daten des Mikrozensus 2013 zeigen, dass 61 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in städtischen Regionen, 27 Prozent in Regionen mit Verstädterungstendenzen und 12 Prozent in ländlichen Regionen leben. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (55,8 Prozent) lebt allerdings in Städten und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern. Mit Bevölkerungsanteilen von 22,1 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in Mittelstädten (20.000 bis 100.000 Einwohner), 15,6 Prozent in Kleinstädten (5000 bis 20.000 Einwohner) und 8,7 Prozent in Gemeinden (unter 5.000 Einwohner) sind Migration und Integration in den vergangenen Jahren zu einem prägenden Phänomen und einer zentralen Herausfor-

derung für die lokale Politik auch kleinerer Kommunen geworden.[1]

Auf den ersten Blick scheinen die Schwierigkeiten einer Integration in ländlichen Räumen zu überwiegen. Auf der Grundlage der bisherigen Forschungen zu Integration im ländlichen Raum lassen sich die Barrieren folgendermaßen bilanzieren:[2]

In ländlichen Regionen ist es grundsätzlich schwieriger, ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und differenziertes Integrationsangebot zu gewährleisten – bedingt durch eine niedrigere Siedlungsdichte, größere räumliche Entfernungen und eine geringere Zahl von Zugewanderten.

Die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund ist in ländlichen Regionen geringer ausgeprägt. Daher fehlen Migrantenorganisationen als wichtige Ansprechpartner und Multiplikatoren für eine kommunale Integrationspolitik, die notwendig sind, um Bedarfe festzustellen und Maßnahmen in die Communities hineinzutragen.

Kleine Städte und Gemeinden haben aufgrund der geringeren Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen besondere Schwierigkeiten, eine aktive und strategisch ausgerichtete Integrationspolitik sowie dauerhafte Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit auszubilden. Beispielsweise ist es für sie weitaus schwieriger, die Stelle einer/s Integrationsbeauftragten einzurichten und

mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

Die vielfältigen Potenziale, die Zugewanderte mitbringen – wie Mehrsprachigkeit, berufliche Erfahrungen und Qualifikationen, Engagementbereitschaft und interkulturelle Kompetenzen –, werden bislang nicht systematisch für die Entwicklung von Kommunen in ländlichen Regionen erschlossen.

Es gibt aber nicht nur Barrieren für die Integration in ländlichen Regionen, sondern auch einige begünstigende Faktoren, wie empirische Studien belegen: Menschen mit Migrationshintergrund empfinden ihr Leben in ländlichen Regionen in der Regel nicht als schwieriger als Zuwanderer in großstädtischen Regionen. Die Entscheidung für ein Leben in ländlichen Regionen hängt vor allem damit zusammen, dass ein eher ländlich geprägter Lebensstil bevorzugt wird und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind. In der Praxis gibt es durchaus erfolgreiche Beispiele für die Niederlassung von Einwanderungsgruppen in ländlichen Gebieten. Beispielsweise finden sich in ländlichen Gebieten Süddeutschlands und Niedersachsens relativ viele Spätaussiedler, die dort seit den 1990er Jahren zugewandert sind. In Niedersachsen haben sich große Gruppen kurdischsprachiger Jesiden aus der Türkei angesiedelt, die seit den 1970er Jahren teilweise als Asylbewerber in der

Bundesrepublik Zuflucht gefunden haben.[3] Die dauerhafte Niederlassung einzelner Zuwanderungsgruppen in ländlichen Regionen beruht dabei auf mehreren begünstigenden Faktoren: Die Neueinwanderer können auf bereits vorhandene familiäre und ortsbezogene Netzwerke zurückgreifen, und sie sind beruflich weniger auf die Großindustrie hin orientiert. Zumindest für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion konnten die aufnehmenden Kommunen vielfach staatliche Förderungen in Anspruch nehmen. Auch sind die genannten Gruppen stark auf den Erwerb von Wohneigentum ausgerichtet. In vielen Gemeinden und Kleinstädten stand günstig Bauland zur Verfügung, um in enger Nachbarschaft zueinander Eigenheime bauen zu können.

Die Überschaubarkeit des lokalen Raumes, die Nähe und Intensität des Zusammenlebens können sich auch

günstig auf die Integration auswirken, indem Alteingesessene und Zugewanderte im Alltag viel häufiger aufeinandertreffen sowie miteinander kooperieren, als dies in Großstädten der Fall ist. In den örtlichen Kindergärten und Schulen kommt es zu einer guten Durchmischung von Kindern aus den verschiedenen Herkunftsgruppen.

In kleinstädtischen Zusammenhängen kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren und Einrichtungen – also ehrenamtlich Engagierten, Vereinen, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften – eine Schlüsselrolle bei der Integration von Zugewanderten zu. Auch hier schafft die räumliche Nähe weitaus mehr Kooperationsmöglichkeiten.

Kommunale Integrationspolitik in Gemeinden und Kleinstädten ist sehr unterschiedlich ausgestaltet. Dies hängt von verschiedenen strukturellen Faktoren ab, insbesondere von

Auch in diesem Jahr sind wir auf der  
**Internationalen Grünen Woche in Berlin**

diesmal mit den Themen

**Bildung – Beteiligung - Gemeinschaft**

und freuen uns auf Ihren Besuch vom

**20. bis zum 29. Januar**

in Halle 4.2 „Lust auf’s Land“



der Gemeindegröße sowie den demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber auch die lokale Migrations- und Integrationsgeschichte – ob es bereits eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Zuwanderung gegeben hat – und der Umstand, ob es vor Ort verantwortliche Politikerinnen und Politiker gibt, die das Thema zu ihrem Anliegen machen und in Verwaltung und Gemeinwesen vorantreiben, sind wichtige Einflussgrößen für die Gestaltung von Integration im ländlichen Raum.

Fußnoten

1. Vgl. Frank Gesemann, Gemeinsam ein neues Leitbild „Vielfalt“ entwickeln – Zuwanderung als Chance, in: *Ländlicher Raum* 4/2014, S. 26–29. 2. Die folgenden Aussagen beruhen im Wesentlichen auf den Ergebnissen eines Forschungs-Praxis-Projekts zu Integrationspotenzialen ländlicher Regionen im Strukturwandel: Jutta Aumüller/Frank Gesemann, Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel, Darmstadt 2014. Siehe auch Gesemann (Anm. 1). 3. Vgl. Aumüller/Gesemann (Anm. 2), S. 125 f.

*Quelle: Jutta Aumüller, Frank Gesemann (Autoren), Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.) „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Heft 46/47 2016, Bonn, 11.11.2016*

## 2. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016

Das Bundeskabinett hat den vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Zweiten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume beschlossen.

Dazu erklärt Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt: „Wir sind bei der Förderung der ländlichen Regionen seit dem letzten Bericht 2011 einen großen Schritt vorangekommen. Wir haben Förderprogramme erweitert und neue geschaffen, Kompetenzen gebündelt und deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt. Mit den heutigen Strukturen können wir viel besser auf die Belange vor Ort eingehen. Dank Digitalisierung und modernen Verkehrssystemen sind viele ländliche Regionen

heute auf Augenhöhe mit den Metropolen. Die Nähe zur Natur und das Zusammenleben in kleinen Orten bietet für viele Menschen hohe Lebensqualität. Auch wegen steigender Immobilienpreise und Mieten ändert sich der Blick auf die ländlichen Regionen. Aber: Bei Wirtschaftskraft und Daseinsvorsorge haben wir große Unterschiede zwischen ländlichen Regionen. Es gibt zweifelsohne auch Regionen, die dem Fortschritt weiter hinterherhinken. Wir müssen uns deshalb noch stärker um die Regionen kümmern, die durch schrumpfende Bevölkerung, Leerstand, ausgedünnte Grundversorgung und einem Mangel an attraktiven Unternehmen und Arbeitsplätzen geprägt sind. Wir müssen deshalb unsere

Aktivitäten in strukturschwachen ländlichen Regionen verstärken. Unser Ziel bleibt das Streben nach Lebensumständen, die in der Gesamtbetrachtung zwischen Stadt und Land vergleichbar Attraktiv sind.“ Hintergrund: Die Bundesregierung hat die Fördermöglichkeiten der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) erweitert. Für die zusätzlichen Fördermaßnahmen der GAK stehen 2017 40 Mio.

€ zur Verfügung, die Mittel des Bundesprogramms ländliche Entwicklung (BULE) sind von 10 auf 55 Mio. € in 2017 aufgestockt worden.

*Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.), Berlin, November 2016; Link: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.html;jsessionid=D1783307E91CAD45B93F94620B1D709A.2\\_cid385](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.html;jsessionid=D1783307E91CAD45B93F94620B1D709A.2_cid385)*

## **„500 LandInitiativen“ – Bundesweites Programm des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

Viele ländliche Regionen in Deutschland bieten gute Bedingungen für die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive. Denn die Solidarität in einer Dorfgemeinschaft kann Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, Mut für einen Neuanfang und gesellschaftlichen Halt geben. Angesichts des demografischen Wandels bietet die Eingliederung der neuen Nachbarn auch Chancen für die Regionen selbst – wenn Integration gelingt, profitieren alle. Viele Ehrenamtliche setzen sich Tag für Tag dafür ein, Geflüchteten die Teilhabe am Dorfleben zu ermöglichen und das Hineinwachsen in die Gemeinschaft zu erleichtern. Die Engagierten leisten unentgeltlich einen wichtigen Beitrag, um das nachbarschaftliche Zusammenleben zu fördern. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Mit dem bundesweiten Programm „500 LandInitiativen“ unterstützt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gezielt das Ehrenamt in ländlichen Regionen. Das Programm richtet sich an Initiativen, die sich für die nachhaltige Integration geflüchteter Menschen im ländlichen Raum einsetzen. „500 LandInitiativen“ macht es möglich, wichtige Anschaffungen oder notwendige Ausgaben in überschaubarem Umfang zu tätigen, damit eine ehrenamtliche Initiative erfolgreich arbeiten kann. Zwischen 1.000 Euro und 10.000 Euro sind als Förderung für konkrete Projekte oder Anschaffungen möglich. Die Initiative ist Teil des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung.

*Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Berlin, 12/2016 Info unter: <https://www.500landinitiativen.de/>*

## Neues Infoportal „Zukunft.Land“

Etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands sind ländlich geprägt und mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Land. Während die einen ländliche Regionen mit Natur, Ruhe, Kreativität und starken Netzwerken verbinden, herrschen bei anderen Bilder von Abwanderung und schwacher Infrastruktur vor.

So vielfältig wie die Menschen und Landschaften, so unterschiedlich sind Wirtschaftskraft, demografische Entwicklung, Infrastruktur und Kultur der ländlichen Regionen. Und genauso vielfältig sind die Herausforderungen und Chancen, die mit der ländlichen Entwicklung verbunden sind. Hier gilt es, regional angepasste Lösungen für attraktive und lebenswerte ländliche Regionen zu schaffen. Dafür müssen alle an einem Strang ziehen: Bund, Länder

und Gemeinden, Wirtschaft, Vereine und Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Das Infoportal Zukunft.Land macht diese Vielfalt greifbar. Interaktive Karten geben detailliert Auskunft über die Lage vor Ort, ausgewählte Erfolgsgeschichten veranschaulichen, wie sich Herausforderungen mit Tatkraft und innovativen Ideen bewältigen lassen und regen zur Nachahmung an. Gleichzeitig bündelt das Infoportal wichtige Hintergrundinformationen zu Fördermöglichkeiten für ländliche Regionen und Orte und informiert über aktuelle Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis.

*Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Berlin, 11/2016 Link: [http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/Informationsportal-ZukunftLand/ZukunftLand\\_node.html](http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/Informationsportal-ZukunftLand/ZukunftLand_node.html)*

## Regionalität fällt nicht vom Himmel! Regionalbewegung fordert Bundesprogramm Regionalvermarktung

Um dem steigenden Bedürfnis der Verbraucher nach glaubwürdigen regionalen Produkten Rechnung zu tragen und Regionalvermarktungsinitiativen die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu ermöglichen, fordert der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. die Auflage eines Bundesprogramms Regional-

vermarktung. Darin waren sich die rund 200 Teilnehmer aus der Republik einig, die anlässlich des 8. Bundestreffens der Regionalbewegung am 3. und 4. Juni in Hamburg die breite Themenvielfalt der Regionalbewegung diskutierten.

Dem Thema „Regionalvermarktung“ kommt in der derzeitigen Bundes-

agrarpolitik nicht der Stellenwert zu, den man angesichts der verbreiteten Praxis und Diskussion erwarten würde. Eine strategische Neupositionierung des Themas sowie eine programmatisch erkennbare politische Unterstützung sind unabdingbar. Neben besseren Fördermöglichkeiten beleuchteten die Initiativenvertreter die aktuellen Regionalkennzeichnungen kritisch. Ein „Regional-TÜV“ soll in Zukunft Mogelpackungen, die oftmals Regionalität lediglich suggerieren und das Heimatgefühl des Verbrauchers als reine Marketingstrategien missbrauchen, eindämmen. Die Regionalbewegung hat dafür fünf Mindeststandards für glaubwürdige Regionalität definiert: Rohstoffe aus der Region, Verarbeitung in der Region, Vermarktung in der Region, „Ohne Gentechnik“ und regionale Futtermittel. „Ziel des Regional-TÜVs ist der regionale Wirtschaftskreislauf mit einer hohen Wertschöpfung in der Region. Das ist die Arbeitsbühne kleiner und mittlerer

Unternehmen des Handwerks, der bäuerlichen Landwirtschaft und der Regionalvermarktungsinitiativen“, erläutert Heiner Sindel, 1. Vorsitzender des Bundesverbandes der Regionalbewegung e.V. Im Laufe der letzten Jahre ist die regionale Produktvermarktung ein eigenständiges Feld der nachhaltigen Regionalentwicklung sowie des Lebensmittelmarktes geworden. Dabei wurden eigene Formen des Anbaus, der Verarbeitung und Vermarktung entwickelt. Um jedoch tragfähige Strukturen zu schaffen, bedarf es wesentlich mehr finanzieller Mittel, die von Seiten der Politik zur Verfügung gestellt werden müssen. Regionalvermarktung bedarf einer systematischen Unterstützung auf den unterschiedlichsten Ebenen, um aus der Nische herauszukommen. Andernfalls droht ein weiterer Verlust der Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe im ländlichen Raum.

*Quelle: Pressemitteilung Bundesverband der Regionalbewegung e. V., Feuchtwangen, 3. Juni 2016*

## **Preis der ALR 2017**

In diesem Jahr vergeben wir wieder den Preis der ALR und bitten Sie, als Mitglied, uns eine besonders engagierte Person oder ein besonders herausragendes Projekt in Schleswig-Holstein vorzuschlagen.

Eine gesonderte Aufforderung mit detaillierten Informationen geht Ihnen in den nächsten Wochen per Post zu.

## „MarktTreff bleibt ein lernendes Projekt – das ist unsere Stärke“

Interview mit Christina Pfeiffer (MELUR)

Seit 1999 begleitet Christina Pfeiffer das Projekt MarktTreff federführend im Kieler Ministerium. Auf welchem Kurs sieht sie das deutschlandweit beachtete Nahversorgungsmodell derzeit? Im Interview gibt Pfeiffer Antworten.

*Welche Bilanz ziehen sie für die Entwicklung der MarktTreffs im Jahr 2016?*

*Was ist für Sie dabei ein Highlight gewesen?*

**Christina Pfeiffer:** Stolz dürfen wir insgesamt auf die Stabilität, auf die Krisenfestigkeit der MarktTreffs sein. Diese Resilienz, die Widerstandsfähigkeit unseres schleswig-holsteinischen Nahversorgungsmodells hat sich in vielen Situationen schon bewiesen. Auch stürmische Zeiten wurden bisher immer gemeinsam bewältigt.

Eine andere erfreuliche Entwicklung: Viele Jahre mochten sich MarktTreff-Gemeinden in Schleswig-Holstein mit dem Thema Genossenschaften nicht anfreunden. Andere Bundesländer waren uns da voraus. Nun aber scheint der Bann gebrochen – davon bin ich begeistert. Denn ich glaube, dass das Engagement unserer MarktTreff-Gemeinden und -Betreiber in der Regel schon außergewöhnlich hoch ist. Vielerorts

gilt: Mehr geht nicht. Spielräume für mehr Engagement sehe ich noch bei den Bürgerinnen und Bürgern in den Dörfern.

*Was raten Sie deshalb Gemeinden?*

**Christina Pfeiffer:** MarktTreff gelingt, wenn alle an einem Strang ziehen: Gemeinde, Betreiber, Bürgerinnen und Bürger. Dafür haben wir aktuell gute Beispiele: Heidgraben im Kreis Pinneberg, Delve im Kreis Dithmarschen oder Kirchbarkau im Kreis Plön, wo im wiedereröffneten MarktTreff Barkauer Land erstmals eine Bürgergenossenschaft Betreiber eines MarktTreffs ist. Diese Gemeinden zeigen uns bei aller besonderen Individualität einen zukunftsweisenden Weg: Dorfgemeinschaften erfinden sich neu!

*Wo sehen sie neue Wege in der Verknüpfung von mobiler und stationärer Nahversorgung?*

**Christina Pfeiffer:** Sehr gespannt bin ich auf die erste MarktTreff-Kooperation, die sich zwischen zwei Standorten am Nord-Ostsee-Kanal – Borgstedt und Sehestedt – anbahnt. Zudem sind wir dabei, neue Ansätze und Techniken bundesweit auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen, um den sinnvollen schleswig-holsteinischen Weg vorantreiben zu können – ohne dabei den sozialen Fokus der MarktTreffs aus den Augen zu verlieren.

*Mit 36 Standorten schon einiges erreicht. Wie erleben sie das Interesse für neue Standorte?*

**Christina Pfeiffer:** Ich werte es als klares Zeichen für den Erfolg der MarktTreff-Philosophie, dass wir aus Gemeinden des nördlichsten Bundeslandes weiter eine hohe und kontinuierliche Nachfrage haben. Es ist immer mehr Menschen in Schleswig-Holstein bewusst geworden,

dass MarktTreff zwar auf eine verbindende Grundidee setzt, zugleich aber individuelle Lösungen für das eigene Dorf nicht nur zulässt, sondern sehr gezielt auf sie setzt. Auch in Zukunft werden wir neue Elemente und Ansätze in unser Modell integrieren. Denn MarktTreff bleibt ein lernendes Projekt – das ist unsere Stärke.

*Quelle: markttreff-sh.de 11/2016*

## **Neue Abteilung für ländliche Räume im Bundeslandwirtschaftsministerium**

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt organisiert sein Haus um. Wie der CSU-Politiker in Bonn mitteilte, gibt es mit Beginn des neuen Jahres 2017 neben den bestehenden sechs Abteilungen eine weitere Abteilung mit Zuständigkeit für die ländliche Entwicklung.

An deren Spitze wird der bisherige Leiter des Leitungsstabs im Ministerium, der Jurist Thomas Windmüller, rücken. Die neue Abteilung soll zwei Unterabteilungen umfassen, darunter die bisherige Unterabteilung 41 von Ralf Wolkenhauer.

Darüber hinaus soll im Leitungsbereich des Ministeriums eine neue Stabstelle Nutztierhaltungsstrategie eingerichtet werden, die sich mit Fragen der Zucht, der Haltung und des Tierschutzes befassen soll. Geschaffen werden soll ferner eine neue Stabstelle Tierwohllabel“ zur

Umsetzung dieses angekündigten staatlichen Siegels. Zudem soll ein Digitalisierungsbeauftragter für die Landwirtschaft 4.0 installiert werden. Gestärkt werden sollen schließlich die Bereiche Klimafolgen, Bodenmarkt und Ernährungskompetenz. Eine praxisnahe Rechtssetzung und die Perspektiven der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie die Anpassungsaufgaben durch den Brexit sollen in die Aufgabenstruktur einbezogen werden.

Schmidt begründete die Neuorganisation mit den großen Herausforderungen für die Landwirtschaft, die Ernährung und die Förderung der ländlichen Räume. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land werde zum Megathema der kommenden Jahre, so der Minister. Mit der neuen, eigenständigen Abteilung für ländliche

Räume werde die Grundlage für ein zukünftiges Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und länd-

liche Räume geschaffen.

*Quelle: Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL), Berlin 12/2016*

## Neue Fördermaßnahmen zur Stärkung der Grundversorgung auf dem Land

### PLANAK beschließt den Rahmenplan 2017

Anlässlich der Sitzung des Planungsausschusses (PLANAK) der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) am 8. Dezember 2016 erklärt dessen Vorsitzender, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt:

„Mein Ziel ist der Erhalt vitaler und attraktiver ländlicher Regionen. Auf dem Weg zu einer umfassenden Förderung der ländlichen Räume sind wir heute ein weiteres Stück vorangekommen. Über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz können wir jetzt auch Kleinstunternehmen der Grundversorgung, Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen, die Umnutzung dörflicher Bausubstanz, Mehrfunktionshäuser sowie Investitionen in den Naturschutz fördern. Damit sind bereits kurz nach Inkrafttreten des GAK-Änderungsgesetzes die erweiterten Fördermöglichkeiten für die Grundversorgung in ländlichen Regionen auf Bundesebene umgesetzt. Jetzt sind die Länder gefragt, die Grundversorgung und die Daseinsvorsorge für die Menschen in

den ländlichen Regionen mit den neuen Maßnahmen zügig und wirksam zu verbessern. Dabei können auch EU-Mittel in die Finanzierung einbezogen werden.“

**Hintergrund:** Der Bund stellt im kommenden Jahr 765 Millionen Euro für die GAK bereit. Davon sind 40 Millionen Euro für „neue“ Maßnahmen vorgesehen. Das sind Maßnahmen, die nach der Änderung des GAK-Gesetzes im Oktober 2016 zwecks Erweiterung des Förderpektrums zugunsten der Entwicklung ländlicher Räume nun von der GAK gefördert werden können. Die neuen Maßnahmen sind: „Kleinstunternehmen der Grundversorgung“ und „Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen“ (beide schon durch PLANAK-Umlaufbeschluss zur nachträglichen Ergänzung des Rahmenplans 2016 seit November 2016 förderfähig) und „Umnutzung dörflicher Bausubstanz“ sowie „Nichtproduktiver investiver Naturschutz“ (Förderung von Investitionen zur Schaffung, Wiederherstellung und Entwicklung etwa von Feuchtbiotopen, Hecken, Feldgehölzen, Biotopverbund).

Zur Sicherung der Grundversorgung in ländlichen Regionen können Investitionen in Kleinunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern sowie der Erwerb solcher Betriebsstätten gefördert werden. Damit soll ein vor Ort erreichbares Angebot an Gütern oder Dienstleistungen des lokalen bis regionalen Bedarfs aufrechterhalten oder gestärkt werden. Unterstützt werden auch mobile sowie kombinierte Angebote eines Anbieters, auch in Mehrfunktionshäusern. Ziel ist es, die Nahversorgung und damit die Lebensqualität der Menschen in ländlichen Orten zu verbessern.

Mit der Förderung von Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen wird das Ziel verfolgt, Einrichtungen zu schaffen, in denen die für die Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung notwendigen Güter und Dienstleistungen angeboten werden können. In diesem Rahmen können der Kauf, die Errichtung und der Umbau von Gebäuden, der dazu erforderliche Grundstückserwerb und der Innenausbau gefördert werden.

*Quelle: Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL/Wald); Berlin, 12/2016*

## **Weiterentwicklung der ländlichen Gebiete auf den Erkenntnissen des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum SH**

Das schleswig-holsteinische „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum – Investition in Ihre Zukunft 2007-2013“ (ZPLR) wurde 2015 mit dem Ende der Förderfähigkeit von Ausgaben erfolgreich abgeschlossen. Die vorliegenden Ergebnisse der Evaluierung des ZPLR durch das Braunschweiger Thünen-Institut fließen nun in die laufende EU-Förderperiode 2014-2020 ein und dienen zugleich zur Positionierung der Handelnden innerhalb des beginnenden Prozesses der Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum 2021-2027.

Über 78,1 Prozent der schleswig-holsteinischen Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten, die 97,1 Prozent der Fläche Schleswig-Holsteins ausmachen. Daher ist und bleibt die ländliche Entwicklung ein politisches Schwergewicht mit besonderen Herausforderungen. Das abgeschlossene ZPLR und das laufende Landesprogramm für den ländlichen Raum (LPLR) sind wichtige Instrumente der Landespolitik, die im Kontext zu den Zielen der Europäischen Union stehen und fortlaufend weiterentwickelt werden.

Als zentrale Herausforderung für den ländlichen Raum stellte Staatssekre-



tärin Schneider den demografischen Wandel heraus. „Abnehmende Einwohnerzahlen und weniger Kinder und Jugendliche bei gleichzeitig mehr älteren Menschen werden Auswirkungen auf sämtliche Bereiche der Daseinsvorsorge haben. Angefangen von der lokalen Verkehrsinfrastruktur über eine hochwertige Breitbandversorgung bis hin zu der Gesundheitsversorgung sowie alternativen Formen der Mobilität.“ Um den strukturellen ländlichen Wandel aktiv zu gestalten, sei es wichtig, die künftigen regionalen und lokalen Entwicklungen konkret zu analysieren, spezifische Anpassungsstrategien zu entwickeln und zukunftsfähige Lösungskonzepte gemeinsam umzusetzen.

Die für den ZPLR-Förderzeitraum 2007-2015 bereitgestellten öffentlichen Mittel in Höhe von rund 543 Mio. Euro sind fast vollständig ausgegeben worden. Bis einschließlich 2015 wurden Maßnahmen und Projekte mit rund 539,6 Mio. Euro gefördert. Davon wurden rund 300,4 Mio. Euro von der Europäischen Kommission bereitgestellt, 91,5 Mio. Euro von der Landesregierung, 82,0 Mio. Euro vom Bundeslandwirtschaftsministerium und 65,7 Mio. Euro von Kommunen und sonstigen Trägern der Kofinanzierung. „Der hohe Grad der Ausschöpfung der Mittel (rund 99 Prozent) verdeutlicht die Akzeptanz des ZPLR im Lande und konnte nur durch das außerordentliche En-

gagement aller für die Umsetzung der Maßnahmen und Projekte Beteiligten erreicht werden“, lobte Staatssekretärin Schneider.

Ein Förderschwerpunkt war die Verbesserung des Küstenschutzes in Schleswig-Holstein. Hier wurden rund 131 Mio. Euro eingesetzt, um dem Klimawandel und dem damit einhergehenden Anstieg des Meeresspiegels sowie verstärkter Sturmintensität entgegenzutreten. Dies entspricht rund 24,5 Prozent am Gesamtetat des ZPLR. Ein weiterer Schwerpunkt lag bei der Förderung zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit rund 22 Mio. Euro. Hier ist insbesondere die Förderung der verarbeitenden Milchwirtschaft zu nennen. So konnte beispielsweise mit Mitteln aus dem ZPLR eine Erhöhung der Bio-Marktanteile in Schleswig-Holstein für Frischmilch- und Milcherzeugnisse erreicht werden, die gleichzeitig eine Signalwirkung auf umstellungsinteressierte Landwirte hatte.

Bei den landwirtschaftlichen Flächenmaßnahmen entfiel der größte Anteil mit 118 Mio. Euro auf die Agrarumweltmaßnahmen einschließlich Ökolandbau, Vertragsnaturschutz und Forst. Als Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung des geförderten Vertragsmusters „Ackerlebensräume“ sei hier die Bereitschaft von 250 landwirtschaftlichen Betrie-

ben zu nennen, die auf einer Fläche von 2.750 Hektar durch Verzicht von temporärer Flächenbewirtschaftung bzw. durch Aussaat von Blütmischungen die Biodiversität gestärkt haben.

Unter der Zielsetzung der Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und der Steigerung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft wurden rund 110,6 Mio. Euro der ZPLR-Mittel eingesetzt. Damit wurde die Attraktivität des Wohnumfeldes und des sozialen Lebens in den ländlichen Regionen gefördert. Davon entfielen rund 60 Mio. Euro auf Fördermaßnahmen für Naturschutz und Landschaftspflege sowie für naturnahe Gestaltung von Fließgewässern und Wiedervernässung von Niedermooren. Die Grundversorgung auf dem Lande, die mit 39 Mio. Euro gefördert wurde, trug dazu bei, dass sich zum Beispiel mit der Breitbandversorgung oder der Dorferneuerung und –entwicklung die Lebensqualität und die Lebensverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Regionen langsam angleichen.

Die Umsetzung des Leader-Konzeptes wurde mit rund 97,3 Mio. Euro gefördert und führte dazu, dass für Schleswig-Holstein ein nahezu flächendeckendes Netz von LAG AktivRegionen aufgebaut werden konnte. Umsetzungsschwerpunkte der AktivRegionen waren überwiegend Projekte zur Verbesserung

der Lebensqualität im ländlichen Raum. So wurden zum Beispiel Freizeitinfrastrukturen sowie soziale Infrastrukturen in Form von Dorfgemeinschaftshäusern, Mehrgenerationentreffs oder Einrichtungen zur Betreuung von Senioren oder Jugendlichen gefördert. Stellvertretend sei hier das Projekt der Hohenwesteder Werkstatt, einer Einrichtung des Diakonischen Hilfswerks Schleswig-Holstein, zu nennen, die auf dem Quellgelände in Nindorf (Naturpark Aukrug) eine Station zur Mineralwasserabfüllung errichtet haben. Das Besondere an diesem unternehmerischen Projekt ist, dass in den Arbeitsprozess Menschen mit geistigen oder psychischen mit Behinderungen integriert werden.

„Die nun vorliegende Bewertung des ZPLR zeigt uns, was gut gelaufen ist und wo wir noch besser werden müssen.“ konstatierte Schneider. Ausdrücklich lobte sie die Empfehlung des Thünen-Instituts, die agrarbezogenen Förderung des ländlichen Raumes künftig stärker auf öffentliche Güter auszurichten, deren Bereitstellung nicht allein durch Marktmechanismen gesichert werden kann, wie zum Beispiel Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz. „Damit laufen Sie bei uns offene Türen ein. Wir werden in der aktuell angelaufenen Diskussion über die Modernisierung der EU-Agrarpolitik ein Modell vorschlagen, welches wegführt von dem

bisherigen Gießkannenprinzip der landwirtschaftlichen Betriebsprämien und stattdessen vorrangig diejenigen Landwirtinnen und Landwirte honoriert, die ihre Betriebsführung stärker auf die Berücksichtigung öffentlicher Güter ausrichten“, sagte Staatssekretärin Silke Schneider.

Die Diskussionen auf europäischer, Bundes- und Landesebene zur Ausrichtung der neuen EU-Förderperiode 2021-2027 beinhalten immer stärker die landwirtschaftliche Produktion von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Der Fokus der landwirtschaftlichen Förderung lag bisher traditionell in der Erzeugung von Lebensmitteln und der landwirtschaftlichen Einkommenssicherung und verschiebt sich aufgrund gesellschaftspolitischer Diskussionen zunehmend auf die Erbringung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Damit einhergehend wird sich die Ausgestaltung der Einkommenserzielung der Landwirtschaft durch Mittel aus der ersten und zweiten Säule der Agrarförderung verändern. Fachleute aus der Land- und Ernährungswirtschaft, aus Umwelt- und Naturschutzverbänden

und den Verwaltungen tauschen sich zurzeit aus, wie öffentlichen Gütern und Dienstleistungen finanziell zu entlohnen sind und wie diese in die künftige EU-Agrarpolitik integriert werden können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu gefährden.

Das Zukunftsprogramm Ländlicher Raum hat bewiesen, dass es insbesondere auf regionaler Ebene die Biodiversität verbessert und ein starkes Instrument ist, um Anpassungen an die Folgen der Klimaveränderung entgegenzutreten und gute Erfolge erzielt hat, um die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern.

Damit wird auch die Förderstrategie des neuen Landesprogramms für den ländlichen Raum 2014-2020 bestätigt, die in starker Kontinuität zum Vorgängerprogramm steht. Gleichwohl gibt der Evaluierungsbericht wichtige Hinweise, in welchen Bereichen die Förderung des ländlichen Raums zielgerichteter und wirkungsvoller gestaltet werden kann.

*Quelle: Nicola Kabel, Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) Kiel, 06.12.2016*



## Qualifizierung von Geflüchteten durch die Handwerkskammer Flensburg

### Exkursion des Arbeitskreises „Wirtschaft im ländlichen Raum“

Der Arbeitskreis „Wirtschaft im ländlichen Raum“ widmete sich im Rahmen seiner diesjährigen Exkursion dem Thema der beruflichen Integration von unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten. Beim Besuch der Handwerkskammer Flensburg konnten die Exkursionsteilnehmer aus erster Hand erfahren, welche enormen Vorteile die berufliche Integration für die Jugendlichen und für die regionale Wirtschaft haben kann, wenn es jemanden gibt, der sich strukturiert um die Integrationsarbeit kümmert und wenn es durch die örtliche Agentur für Arbeit eine so schnelle und unkomplizierte Unterstützung gibt, wie es in Flensburg der Fall war. In den Räumlichkeiten der Handwerkskammer stellten Frau Hill und Herr Haumann das Projekt der Kammer vor. Intensive und individuelle Förderung der Jugendlichen durch Ausbilder der Kammer in den Bereichen Elektrotechnik, Frisörwesen, Holzarbeiten usw. soll eine möglichst breite Vorbildung vermitteln. Durch diese Vorbildung wird es den Jugendlichen ermöglicht, mit

Hilfe der Ausbilder, ihre individuellen Fähigkeiten auszuloten und sich hinsichtlich ihres Ausbildungswunsches zu orientieren. Zu den beruflichen Kursen gibt es parallel verpflichtenden Sprachunterricht und den Verantwortlichen ist es wichtig zu betonen, dass es nach der Berufsorientierung nicht zwangsläufig in das Handwerk gehen muss. Den Jugendlichen stehen alle Bereiche der Arbeitswelt offen und sie werden dahingehend auch individuell unterstützt. Die Jugendlichen, die an dem Projekt der Handwerkskammer teilnehmen, werden durch verschiedene Jugendhilfeeinrichtungen betreut. Eine dieser Einrichtung ist der „Sternipark e.V.“, dessen Haus in Satrup durch die Exkursionsgruppe besucht werden konnte. Durch persönliche Gespräche mit einigen der dort lebenden 70 Jugendlichen und den Betreuern bekamen die Teilnehmer ein Gefühl dafür, wie der Alltag in der Einrichtung und in der Berufsorientierung aussieht.

Die Handwerkskammer betrat gemeinsam mit der Agentur für Arbeit

und den Kooperationspartnern aus der Jugendhilfe mit dem Projekt Neuland. Jetzt, nachdem die ersten Jugendlichen nach nur sieben Monaten das Projekt verlassen und teilweise in reguläre Auszubildungsverhältnisse oder in die 10. Stufe von Regelschulen übergehen, kann von einem vollen Erfolg gesprochen werden. Von den 21 Teilnehmern

des ersten Projektzeitraums konnten 18 Jugendliche anschließend in das formale Bildungssystem wechseln. Aus den Erfahrungen der letzten Monate haben die Projektinitiatoren den Schluss gezogen, dass sieben Monate mit 40 Unterrichtsstunden in der Woche zu knapp bemessen waren und somit wurde der Zeitraum auf 10 Monate ausgeweitet.



*Die Teilnehmergruppe mit Betreuern und Flüchtlingen der Einrichtung „Sternipark“ (Foto:Meier)*

Die Ansprechpartnerin Frau Hill wies resümierend darauf hin, dass es nicht unbedingt eines Schulabschlusses bedarf, um in Deutschland eine Ausbildung zu beginnen. Dieser kann auch mit dem erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung zusammen erreicht werden. Dass diese Möglichkeit auch vielen Akteuren in der haupt- wie in der ehrenamtlichen Integrationsarbeit nicht bewusst ist, führt häufig zu fehlgeleiteten Ratschlägen an junge Geflüchtete, denen

ein Schulabschluss oft als alternativer erster Schritt im Bildungssystem aufgezeigt wird. Hier müsse, so die Verantwortlichen bei der Handwerkskammer, unbedingt Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an Frau Katarzyna Hill von der Handwerkskammer Flensburg.

*Text: Jonathan Seiffert (M. Sc. Geograf; zeitweise Mitarbeiter der Akademie für die Ländlichen Räume SH e.V.)*

## Informationsbörse Klimawandel und Energie in Rendsburg

Am 13. Juli stand in den Räumlichkeiten des Hohen Arsenal in Rendsburg alles unter dem Motto „Austausch, Vernetzung, Mobilisierung“. Bei der Veranstaltung zum Thema *Klimawandel und Energie* gab es zwar auch fachliche Impulse, die



überwiegende Zeit war jedoch dafür eingeplant, dass die Teilnehmer vor

Ort miteinander in den Dialog treten, sich über interessante Projekte und Fördermöglichkeiten informieren oder vielleicht auch schon erste Kooperationspartner für ihre eigenen Vorhaben finden können - und das taten die Teilnehmer! In jeder Phase der Veranstaltung lag dieser Austausch förmlich in der Luft, überall standen kleinere und größere Grüppchen und unterhielten sich angeregt. Bereits nach den ersten Minuten war allen Anwesenden klar: dieses Thema bewegt die Menschen und es gibt so viele gute Ideen, die es zu diskutieren und bereits umgesetzte Projekte, die es zu präsentieren gilt.

### *Eindrücke vom Markt der Möglichkeiten*



*Karte mit Projekten in Schleswig-Holstein*

Durch die Kooperation zwischen dem schleswig-holsteinischen AktivRegionen-Netzwerk, der Akademie für die Ländlichen Räume

Schleswig-Holsteins e.V. und dem Klimaschutzmanagement des Kreises Rendsburg-Eckernförde konnten weit über 100 Personen motiviert



werden, sich auf den Weg nach Rendsburg zu machen. Auch ist es dieser Kooperation zu verdanken, dass im Vorfeld der Veranstaltung 66 Vorzeige - Projekte aus Schleswig-Holstein eingesammelt werden konnten, die in einer großen Schleswig-Holstein Karte den Teilnehmern präsentiert wurden. Aufgenommen wurden hierbei interessante Beispielprojekte aus den Kategorien Mobilität, Strom, Bildung, Wärme und Anpassung an den Klimawandel.

Neben den fachlichen Impulsen, die durch die Vortragenden Dr. Ingrid Nestle (Staatssekretärin MELUR), Dr. Sebastian Krug (Klimaschutzmanager des Kreises Rendsburg-Eckernförde), Dr. Klaus Wortmann (EKSH) und Britta Sommer (Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu) allen Anwesenden einen breiten Blick auf das Veranstaltungsthema ermög-



*Britta Sommer, Dr. Klaus Wortmann und Dr. Sebastian Krug präsentieren Kurzimpulse*

Am Schluss der Veranstaltung gingen die Teilnehmenden sicherlich mit einer Vielzahl neuer Kontakte, Pro-

jectideen und Informationen zu interessanten Fördermöglichkeiten nach Hause – als Zeugnis einer lebendigen

lichten, war es vor allem der Markt der Möglichkeiten, der das Herzstück der Veranstaltung bildete. Auf dem Markt waren es knapp 20 Aussteller aus den Bereichen *Mobilität, Bildung und Beratung, Wärme, Förderung sowie Klimaschutzmanagement und Regionalmanagement*, die den Teilnehmern ein abwechslungsreiches Angebot machten, sich über die diverse Themen zu informieren.

Am Nachmittag konnten sich die Teilnehmer in Kleingruppen noch intensiver mit einzelnen Aspekten beschäftigen, wobei es um Themen wie *Mitnahme von Akteuren bei Klimaschutzanliegen, Elektromobilität, Quartierskonzepte zur energetischen Sanierung* usw. ging. Zusätzlich war es den Teilnehmern auch möglich, eine Exkursion zum Modellprojekt *Biomass to energy* auf dem Gelände der Abfallwirtschaft Rendsburg-Eckernförde zu machen.



*Staatssekretärin Dr. Ingrid Nestle führt in die Thematik ein*

jektideen und Informationen zu interessanten Fördermöglichkeiten nach Hause – als Zeugnis einer lebendigen

### Eindrücke von den Kleingruppen



Veranstaltung verblieb im Hohen Arsenal eine bunt beklebte Karte, die im Laufe des Tages durch die Veranstaltungsteilnehmer mit Inhalten in den Kategorien „Ich biete...“, „Ich

suche...“ und „Projektideen / Initiativen“ gefüllt worden war.

*Text: Jonathan Seiffert (M. Sc. Geograf, temp. Mitarbeiter Akademie für die Ländlichen Räume SH e.V.); Fotos: Seiffert/Möller*

## „Nahversorgung im Wandel“

Nahversorgung im ländlichen Raum umfasst ein breites Themenspektrum, wie z.B. Einzelhandel, Gesundheit und Bildung. Die demographische Entwicklung fordert immer wieder innovative Lösungen, um die Lebensqualität in den Dörfern zu sichern und so den Wandel erfolgreich zu gestalten.

Auf Einladung der Akademie für die Ländlichen Räume SH e.V. und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume trafen sich am 10. Oktober 2016 Regionalentwickler, Planer, Bürgermeister und zahlreiche Interessierte beim Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) in Flintbek um das Thema „Nahversorgung im Wandel“ anhand von Praxisbeispielen, ausgehend vom Projekt „MarktTreff“ zu diskutieren. Bereits in ihrer Einführung gab Christina Pfeiffer aus

dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) die Richtung vor: „MarktTreff ist ein lernendes Projekt. In den Gemeinden arbeiten viele engagierte Menschen zusammen. Neue Konzepte und Entwicklungen machen Mut und stärken die Krisenfestigkeit.“

Von diesem „Mut zum Experiment“ über regionale Kooperationen bis zur Bindekraft einer Genossenschaft gingen die Ausführungen der Referenten. Ergänzt wurde das Spektrum durch den Blick der Landesplanung Schleswig-Holstein auf die Daseinsvorsorge und neue Strategien in Kooperationsräumen.

MarktTreff muss man immer wieder ins Bewusstsein bringen. Aber wie?“, fragte Silke Hünefeld, Bürgermeisterin aus Jörl. In ihrer Gemeinde sei man neue Wege gegangen und habe insbesondere die 25- bis 40-Jährigen



angesprochen. In einer lockeren „Jörler Runde“ treffe man sich und entwickle Veranstaltungen rund um den MarktTreff. Die ersten Erfahrungen seien überaus positiv: Das „Jörler Spektakel“ im Sommer habe das halbe Dorf auf die Beine gebracht und viele hätten den „MarktTreff“ mit neuen Augen gesehen. „Jetzt planen wir einen Weihnachtsmarkt, bei dem noch mehr Vereine mitmachen wollen“, ergänzte Hünefeld. Durch die gemeinsamen Aktivitäten seien der Laden sowie der Sportverein belebt worden. „Die ‚Jörler Runde‘ ist offen für alle. Wir erreichen ganz neue Leute. Das Experiment ist geglückt.“

Rita Koop, Bürgermeisterin aus Sehestedt in den Hüttener Bergen, freut sich ebenfalls auf den Dezember. Dann werde der im Bau befindliche MarktTreff „direkt am Kanal“ eröffnen. „Neben dem Imbiss legen wir einen Schwerpunkt auf regionale Produkte. Viele namhafte Produzenten aus dem Umland sind mit ihren Waren vertreten“, schwärmte Koop. Sie beobachte eine verstärkte Hinwendung zur Region, zu Bio und zu Qualität. Die Belieferung mit weiteren Produkten des täglichen Bedarfs übernehme der Mobile Verkaufswagen aus Borgstedt. Alles sei auf einem guten Weg: Treffräume für Vereine, Bürgermeister-Büro, E-Bike-Ladestation – dazu komme noch ein Bouleplatz, Spielgeräte und ein Kunstwerk. „Das wird unser neu-

es Zentrum. Wir haben bei unserer Entwicklung und Planung profitiert vom Austausch mit anderen MarktTreffs.“

Einer, der schon in vielen Gemeinden die Idee der Genossenschaft vorgestellt hat, ist Matthias Retzlaff, Vorstand der Treffpunkt Eiderschleife eG in Delve. „Genossenschaft ist Gemeinschaft. Wir haben bei uns bereits 192 Bürgerinnen und Bürger dafür begeistert“, führte Retzlaff aus. Dabei solle man von Beginn an ehrlich und realistisch an das Projekt gehen, gab er als Tipp: „Der Einkauf im Dorfladen kann etwas teurer sein als im Supermarkt. Aber wir haben einen echten Treffpunkt geschaffen. Im Wettbewerb mit anderen Dörfern kommt uns das sehr zugute.“

Klaus Einig von der Landesplanung aus Kiel verfolgte die Ausführungen aufmerksam und bestätigte die Strategie: „Wir sollten flexibel die Herausforderungen der Zukunft gestalten. Demografie, Ärzteversorgung, Kitas, Betreuung stellen die ländlichen Räume vor viele Fragen.“ In puncto Daseinsvorsorge hätte die Landesplanung erstmals aussagekräftiges Datenmaterial. Das System der Zentralen Orte wolle man beibehalten, den Ansatz von Kooperationsräumen weiter verfolgen. Ein wichtiger Aspekt sei und bleibe die Erreichbarkeit – und daher müsse man künftig flexible Mobilitätsformen schaffen.



*Diskutierten „Nahversorgung im Wandel“ (v. l. n. r.): Klaus Einig (Staatskanzlei), Rita Koop (Bürgermeisterin Sehestedt), Moderator Dieter Witasik, Matthias Retzlaff (Bürgergenossenschaft Treffpunkt Eiderschleife) und Silke Hünefeld (Bürgermeisterin Jörl)*

Mit Begeisterung berichtete Jürgen Blucha, Leiter des Referats ländliche Entwicklung im MELUR, von der kürzlich erfolgten Wiedereröffnung des MarktTreffs Barkauer Land: „Der MarktTreff ist jetzt barrierefrei und energetisch saniert. Träger ist eine Genossenschaft, die aus der Gemeinde Kirchbarkau und den Umlandgemeinden heraus gemeinsam gebildet worden sei – eine echte interkommunale Kooperation. Das weist in die Zukunft.“ In der laufenden Förderpe-

riode werde man weiter „MarktTreffs als Häuser der Nahversorgung“ anschieben. Interessierten Gemeinden riet er zu einer frühzeitigen und intensiven Abstimmung mit den Aktiv-Regionen und Landesämtern – „so ist man bestens vorbereitet für den Wettbewerb um Fördermittel“.)

*Quelle: Newsletter „MarktTreff“ 6. Oktober 2016, (Informationen unter: [www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/laendlicheraemelleitprojekte/ILE.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/laendlicheraemelleitprojekte/ILE.html))*

## Wo bleiben die Ausgleichsgelder?

In Kooperation mit dem Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume lud die Akademie für die Ländlichen Räume SH e.V. am 20. Juli haupt- und ehrenamtliche Vertreter/-innen aus den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft und der kommunalen Familie zu einer Veranstaltung über das Thema Ausgleichs-(Ersatz-) Gelder nach Flintbek ein.

Unter der Leitung von Bruno Ophay, Leiter des Arbeitskreises Dorf und Umwelt bei der Akademie, wurden

die Schwerpunkte Eingriffe und Ausgleich, Verwendung von Ersatzgeldern und Umsetzung von Naturschutzprojekten erläutert und diskutiert.

Im Zuge der Energiewende wurden im November 2015 die Grundsätze zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen neu gefasst. So kann z. B. für die erheblichen Auswirkungen der Windkraftanlagen auf das Landschaftsbild auch ein Ausgleich – korrekterweise



*Dr. Claudia Mollenhauer und Kristina Achilles (beide Kreis Rendsburg) im Gespräch mit Bruno Ophey (ALR)*

„Ersatz“ – in Geld erbracht werden. Diese neuen Mittel sind zweckgebunden im Naturschutz einzusetzen. Kurzfristigkeit und Volumen der frei werdenden bzw. umzusetzenden Mittel führen in einigen Landkreisen unter anderem zu Fragen nach der Realisierbarkeit, die im Rahmen des Seminars angesprochen und geklärt werden konnten. In der Veranstaltung gaben zunächst Dr. Claudia Mollenhauer und Kristina Achilles vom Kreis Rendsburg-Eckernförde eine Einführung in die rechtlichen Rahmenbedingungen der Ersatzgelder und deren Verwendung an Beispielen aus ihrem Kreisgebiet. Die zur Verfügung stehenden Mittel, die nach der Neuregelung innerhalb von drei Jahren ausgeschüttet werden und zu 90% in die Fläche gehen müs-

sen, werden zum größten Teil im Bereich des Flächenankaufs eingesetzt, aber auch in der Umsetzung konkreter Maßnahmen. Hier zeigte Frau Archilles Realisierungen wie die Anlage oder Aufwertung von Kleingewässern, Maßnahmen im Rahmen des Knickschutzprogramms, Neuanlage von naturnahen Landschaftselementen, Artenschutzprogramme oder Entsiegelungen.

Dr. Walter Hemmerling von der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein gab in seinem Vortrag Einblicke in die Arbeit und den Aufbau seiner Organisation, die seit 40 Jahren besteht und als größte Stiftung Deutschlands in Schleswig-Holstein 70 Mitarbeiter beschäftigt. Die Ausgleichsagentur als 100%ige Tochter der Stiftung Naturschutz entwickelt

Ökokonten auf Flächen der Stiftung, die ohne öffentliche Förderung erworben wurden. Seit 2007 sind so über 100 Ökokonten in allen Kreisen Schleswig-Holsteins in den Naturräumen Marsch, Geest und östliches Hügelland entstanden. Die Ausgleichsagentur und die Stiftung Naturschutz übernehmen damit Verpflichtungen Dritter zur Durchführung von Maßnahmen und zur dauerhaften Pflege der Flächen und Maßnahmen im Sinne des Naturschutzes. Die Ökokonten bleiben Eigentum der Stiftung Naturschutz und leisten einen Beitrag zum Ausbau des Stiftungslandes als Netz zur Bewahrung und Förderung von Natur und Biodiversität. Die Entwicklung der Ökokonten und das Erreichen festgelegter Ziele werden durch ein regelmäßiges biologisches Monitoring dokumentiert. Nach den Marketingstrategien der Stiftung als

- Vielfaltschützer;
- Entwicklungshelfer;
- Erlebnisraumgestalter

werden die Stiftungsgelder aus Fördertöpfen, Vermögensverwaltung, privaten Fonds und Ökokonten vielfältig für den Naturschutz eingesetzt.

Durch Ersatzgelder – so Dr. Hemmerlings Fazit – habe man keinen wirklichen Zugewinn, da auf der anderen Seite wertvolle Lebensräume verloren gingen.

Leif Sönnichsen berichtete über die Verwendung von Ersatzgeldern im

Kreis Schleswig-Flensburg, wo im Jahr 2015 74% der Ersatzgelder in den Flächenankauf (104 ha) geflossen sind, davon 63% auf der Geest. Die Planung für 2016 sieht vor, diesen Anteil auf 53% zu reduzieren und davon gut 10% in die langfristige Extensivierung zu investieren. 40% der zur Verfügung stehenden Mittel soll in Biotop-Ersteinrichtende-Maßnahmen fließen, zu denen individuelle Steckbriefe entwickelt und an Ort und Stelle installiert werden sollen. Ein gutes Drittel der Gelder gehen Zurzeit an die Stiftung Naturschutz als Zuwendungsempfänger und ein ca. Fünftel an die Gemeinden.

Stefanie Vogel von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Nordfriesland entwickelte durch eine spontane lockere Ideensammlung per Zuruf zur Landschaft Nordfriesland zunächst bei den Teilnehmern ein Gefühl für das Gebiet an der Westküste und die Inseln. Sie berichtete dann über die Arbeit ihrer Behörde und deren Praxis bei der Verwendung von Ersatzgeldern. In den Jahren 1999 und 2007 wurde im Kreis eine Richtlinie über die Verwendung von Ersatzgeldern formuliert und überarbeitet, nach der heute noch gearbeitet wird. 2015 entwickelte man im Rahmen neuer Umsetzungsstrategien einen 8-Punkte-Plan, der folgende Maßnahmen umfasst:

- Entwicklung von Niederungsgebieten und Trockenlebensräumen
- Gewässerentwicklung
- Artenschutz
- Naturwälder
- Regionales Knickschutzprogramm
- Eiderstedter Natur
- Kompensationsflächenentwicklungspläne
- Kiesgruben.

Wie sich die Teilnehmer überzeugen konnten, wurden und werden in Zusammenarbeit mit insgesamt 42 Projektpartnern wie der Stiftung Naturschutz, den Gemeinden oder Wasser- und Bodenverbänden vorwiegend Maßnahmen im Bereich der Gewässerentwicklung (Entrohrung, Neuanlage, Renaturierung) und im Bereich Knickschutz (Neuanlage und Aufwertung) erfolgreich umgesetzt.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurde deutlich, dass der Ankauf von Flächen in der Regel das beste Mittel ist, da nur so eine langfristige Sicherung der bestehenden und entstehenden Biotope gewährleistet sei (Hemmerling). Organisationen wie die Stiftung Naturschutz seien auf „ewig“ angelegt und daher Garanten für den Erhalt.

Herr Müller-Buchholz vom Bauernverband stellte die Frage nach der „Verwendung von Ersatzgeldern zur

Vermeidung von Eingriffen“, wobei er speziell auf die Neuversiegelung durch Bauvorhaben einging, die durch finanziell geförderten Abriss bestehender, ungenutzter Anlagen im Ort vermieden werden könnten. Da für die Investoren hier aber häufig die Kosten zu hoch seien, werde eher auf der grünen Wiese neu gebaut, als abgerissen. Ersatzgelder wären hier gut angelegt, um die Neuversiegelung zu vermeiden. Ein durchaus positiver Ansatz, wie die Teilnehmer bestätigten, der aber aus der Gesetzeslage zur Verwendung von Ersatzgeldern nicht durchführbar, da der Ersatz für neue Eingriffe geleistet werden muss. Hier ist vielleicht ein neuer Denkansatz zu sehen.

Frau Langmaack-Hopmann (ALR) plädierte aus ihrer Sicht als Landwirtin dafür, künftig vorrangig die bestehenden Naturschutzflächen aufzuwerten und weniger Flächen durch Aufkauf und Schutz aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen.

Abschließend fasste Bruno Opey die aktuellen Entwicklungen zu einem durchaus positiven Statement zusammen und bedankte sich bei den Referenten und den Teilnehmern, sowie bei Andrea Weigert vom Bildungszentrum für die Planung und Begleitung der Veranstaltung.

*Text und Foto: Ines Möller (Akademie für die Ländlichen Räume e.V.)*

## NORLA 2016

Auch in diesem Jahr war die Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. wieder auf der größten Landwirtschafts- und Verbrauchermesse in Schleswig-Holstein, der Norddeutschen Landwirtschaftlichen Fachausstellung (NORLA) vom 01. bis 04. September, mit einem Ausstellungsstand vertreten. Trotz des wechselhaften Wetters mit teils kräftigen Schauern kamen rund 70.000 Besucherinnen und Besucher auf das Messegelände um sich zu informieren und einzukaufen. So konnte die Akademie mit ihrem Themenspektrum und ihren Aufgaben ein breites Publikum erreichen. Auf dem Ausstellungsstand konnten die Besucherinnen und Besucher sich über die Arbeit der Akademie, das Regionen-Netzwerk Schleswig-Holstein sowie die Arbeit und umgesetzte Projekte der einzelnen AktivRegionen und über Markttreffprojekte informieren. Hierfür stand als Ansprechpartner neben den Mitarbeitern und Mitgliedern der Akademie der Regionalmanager Günter Möller (AR Schwentine Holsteinische Schweiz) zur Verfügung. Zum Thema Breitband informierten Jürgen Wolff vom LLUR und Johannes Lüneburg vom BKZSH. Zusätzlich waren am Samstag zwei junge Frauen am Stand der Akademie zugegen, die Informationen zur Landesgartenschau in Eutin bereitstellten. Die Besucherinnen und Be-

sucher zeigten sich sehr interessiert und fragten sowohl Basisinformationen zu den AktivRegionen ab, als zum Teil auch Detailinformationen zu bestimmten Fördermöglichkeiten oder zu speziellen Themen, wie z.B. der Breitbandförderung.

Der Austausch mit den Gästen wurde, so wie im letzten Jahr, durch eine Umfrage mit attraktiven Gewinnen gefördert, die rund 200 Besucher zum Mitmachen, Diskutieren und Austauschen animierte. Zur Teilnahme am Gewinnspiel waren fünf Fragen zu beantworten: 1. „Leben Sie auf dem Land?“, 2. „Einwohnerzahl der Heimatgemeinde“, 3. „Warum leben Sie gerne auf dem Land?“, 4. „Was ist aus Ihrer Sicht verbesserungswürdig?“, 5. „Was wünschen Sie sich für Ihr Dorf?“. Der Großteil der Befragten lebt auf dem Land und zwar überwiegend in Dörfern mit weniger als 1000 Einwohnern. Als Gründe, die für das Landleben sprechen wurden primär die Ruhe, Natur und Landschaft, sowie das soziale Miteinander genannt. Das Thema Mobilität im ländlichen Raum wird von fast allen Teilnehmern als problematisch wahrgenommen und sowohl die Bus- und Verkehrsanbindung als auch Infrastruktur und Straßen werden als verbesserungswürdig gesehen. Auch die Themen Internet, Rad- und Fußwege und Gesundheitsversorgung in Form von



*Die Umfrage zu Leben auf dem Land lockte neben den aktuellen Themen viele interessierte Besucher an den Stand der Akademie.*  
*Foto Ingwer Seelhoff*

Ärzten wurden von vielen Befragten genannt. Für ihr eigenes Dorf wünschen sie sich unter anderem aber meist genannt, Einkaufsmöglichkeiten, ein soziales Miteinander und mehr Freizeitmöglichkeiten in Form von Vereinen oder kulturellen Angeboten. Insgesamt zeigt sich, dass viele der Befragten mit ihrem Leben auf dem Land grundsätzlich sehr zufrieden sind. Fünf der Teilnehmenden konnten sich kurz nach der NORLA über einen der folgenden Preise von

Anbietern aus der Region freuen: 1. Preis: 1 Kanu für einen Tag für vier Personen vom Kanucenter Malente, 2. Preis: 2 Freikarten für die Landesgartenschau in Eutin, 3.-5. Preis: 2 Freikarten plus kleiner Verzehrutschein (ca. 5 Euro) für die Theaterpause im Lachmöhentheater Laboe, 2 Freikarten für das Eiszeitmuseum in Lütjenburg, 2 Freikarten für das Künstlermuseum in Heikendorf.

*Text: Alina Cornelissen (M. Sc. Geografin, temp. Mitarbeiterin ALR)*



## 70 Jahre Schleswig-Holstein – Landesjubiläum in Eutin



*Ministerpräsident Torsten Albig besuchte den Gemeinschaftsstand. Hier im Gespräch mit den Mitgliedern der Trachtengruppe.*

Am 1. und 2. Oktober wurde in der Rosenstadt Eutin der 70. Landesgeburtstag Schleswig-Holsteins gefeiert. Zugleich endete an diesem Wochenende die Landesgartenschau, die unter der Schirmherrschaft des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig für sechs Monate in der Stadt stattfand. Die Akademie für die Ländlichen Räume SH e.V. hatte gemeinsam mit der Ak-

tivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz, dem Tourismusverband und dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund Teil an dieser Ausstellung. Auf dem Marktplatz präsentierten sich die vier Institutionen zusammen an einem Stand. Der SHHB zog mit Mitmachaktionen wie einer mobilen „Reeperbahn“ zum Herstellen von Seilen und Bastelaktionen die großen und kleinen Besucher an und



*Der Gemeinschaftsstand der ALR mit dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, der AktivRegion Schwentine-Holsteinische-Schweiz und der TouristInfo Eutin auf dem Marktplatz (Foto: I. Möller)*



präsentierte sich und seine Trachten-  
gruppen mit klassischen Volkstanz-  
darbietungen auf der Hauptbühne  
am Platz. Die AktivRegion, vertreten  
durch ihren Manager Günter Möller,  
informierte über das neue Förderpro-  
gramm und über aktuelle Projekte,  
während die Mitarbeiterinnen der  
Tourist-Info Eutin die Besucher mit  
Broschüren und attraktiven kleinen  
Giveaways erfreuten. Auch die Aka-  
demie hatte wieder eine Umfrage  
zum Leben auf dem Land vorbe-  
reitet, die viele Interessierte zu in-  
tensiverem Kontakt und Austausch

animierte. Aktuelle Informationen zu  
der neuen LEADER-Förderperiode  
im Land und Neuerscheinungen oder  
bewährte themenbezogene Broschü-  
ren waren für viele Besucher Anlass,  
den Stand zu besuchen und intensive  
Gespräche zu führen. Da auch das  
Wetter mitspielte und viele Men-  
schen die Gelegenheit nutzten, den  
Landesgeburtstag zu feiern und das  
letzte Wochenende der Landesgar-  
tenschau zu genießen, war der Auf-  
tritt der Akademie ein voller Erfolg.

*Text und Fotos: Ines Möller (ALR)*

## **Neuer Vorsitz bei der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG)**

Die Kooperation der Akademie für  
die Ländlichen Räume Schleswig-  
Holsteins e.V. und der Agrarsozialen  
Gesellschaft hat sich weiter verfestigt.  
Als neue Vorsitzende wurde auf der  
ASG-Mitgliederversammlung in  
Göttingen Frau Juliane Rumpf,  
ehemalige schleswig-holsteinische  
Landwirtschaftsministerin, CDU-  
Politikerin und Mitglied der ALR  
gewählt. Für das Führungsgremium  
konnte der ALR Vorsitzende Her-  
mann-Josef Thoben (Referatsleiter  
MELUR a. D.) gewonnen werden.  
Mit Herrn Dr. Aloys Altmann, der  
bei der ASG Mitglied im Kuratorium  
und langjähriges Mitglied im Akade-  
mie-Vorstand ist, ist die ALR durch  
die drei Vertreter auch im überre-  
gionalen Einsatz für die Belange  
der Ländlichen Räume präsent. Die  
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. setzt

sich für die Menschen im ländlichen  
Raum und in der Landwirtschaft  
ein. Ihre Arbeit hat zum Ziel, ein  
positives Klima für das Leben und  
Arbeiten im ländlichen Raum zu  
schaffen und die Anerkennung und  
Gleichberechtigung der ländlichen  
Räume innerhalb der Gesellschaft zu  
verbessern. Dabei kommt es ihr auch  
darauf an, kritische Aspekte von  
Landwirtschaft und ländlichen The-  
men auszuleuchten. Zweimal im Jahr  
veranstaltet die ASG Fachtagungen  
zu aktuellen Themen der Landwirt-  
schaft und der ländlichen Räume.  
In wissenschaftlichen Studien und  
Gutachten befasst sie sich mit öko-  
nomischen, ökologischen, soziokul-  
turellen und sozialen Fragestellun-  
gen des ländlichen Raumes und der  
Landwirtschaft. Mit der Zeitschrift  
„Ländlicher Raum“, in Seminaren

und im Rahmen der LandSchau auf der Internationalen Grünen Woche Berlin kommunizieren sie neben den genannten auch Themen wie Verbraucher-, Natur- und Umweltschutz sowie (Welt-) Ernährung.

Themen und Interessen, die mit denen der Akademie eng verflochten

sind und die durch die Mitarbeit von Frau Dr. Juliane Rumpf und unserer Vorstandsmitglieder künftig ein noch intensiveres Engagement und Miteinander im ländlichen Raum – sowohl regional, als auch überregional – versprechen.

*Text: Ines Möller (ALR)*

## Mitgliederversammlung ALR e.V. im Landeshaus Kiel

Rund fünfzig Mitglieder folgten am 15. Dezember der Einladung des ALR-Vorstandes zur diesjährigen Mitgliederversammlung der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. ins Kieler Landeshaus. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Hermann-Josef Thoben ließen er und der Geschäftsführer Torsten Sommer in einem umfangreichen Tätigkeitsbericht das erfolgreiche Jahr 2016 mit vielfältigen Veranstaltungen und Projekten Revue passieren. Die Arbeitskreisleiter Bernd-Wolfgang Hawel (Mobilität), Bruno Ophey

(Dorf und Umwelt) und Ulrich Spitzer (Wirtschaft) berichteten über die von Ihnen durchgeführten Veranstaltungen und Aktivitäten in 2016 und die geplanten für 2017. Der Vorstand und die Geschäftsführung konnten nach dem Bericht des Rechnungsprüfers Bruno Ophey entlastet werden und die Beschlussfassungen über die Haushalte 2016 und 2017 wurden einstimmig durch die stimmberechtigten Anwesenden genehmigt.

Auf der Tagesordnung stand ebenfalls die Neuwahl des Vorstands. Die ehemalige Vorstandsvorsitzende Helga Klindt gab leider aus persönli-



*Der stellvertretende Vorsitzende Jörg Bülow (links) sprach die Laudatio für die scheidende Helga Klindt (Mitte) und übergab ihr gemeinsam mit dem Vorsitzenden Hermann-Josef Thoben (rechts) Blumen und Geschenke*



*Der bisherige Vorstand (von links): Jörg Bülow, Helga Klindt, Birgit Feddersen, Dr. Aloys Altmann, Friedemann Magaard, Dr. Jörn Klimant, Tim Brockmann. Nicht im Bild: Petra Nicolaisen*

chen Gründen ihren Sitz im Vorstand auf. Zwei neue Mitglieder wurden in Abwesenheit vorgeschlagen und einstimmig von den Versammelten gewählt: **Kirsten Eickhoff-Weber** (MdL) und **Stephan Richter** (ehemaliger SHZ-Chefredakteur), so dass sich der zehnköpfige Vorstand nun neben den genannten aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: **Hermann-Josef Thoben** (Vorsitzender), **Jörg Bülow** (stellvertr. Vorsitzender), **Dr. Aloys Altmann**, **Tim Brockmann**, **Birgit Feddersen**, **Dr. Jörn Klimant**, **Friedemann Magaard** und **Petra Nicolaisen**.

Das Amt des zweiten Rechnungsprüfers wurde turnusmäßig neu besetzt. Hier konnte für Bruno Ophrey Sebastian Lange-Haffmans einstimmig gewählt werden, der künftig neben Ilse Langmaack-Hopmann den Haushalt der Akademie prüfen wird.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen und die engagierte Mitarbeit für die Belange des ländlichen Raumes und lud die Anwesenden zum anschließenden Parlamentarischen Abend ein, bevor er die Versammlung beendete.

*Text und Fotos: Ines Möller (ALR)*

## Parlamentarischer Abend: Projekt „Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum“

Im Anschluss an die ALR-Mitgliederversammlung am 15. Dezember 2016 fand im Rahmen eines Parlamentarischen Abends im Landeshaus Kiel eine erste Informationsveranstaltung zum aktuellen Projekt der Akademie „**Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum**“ statt. Knapp hundert Interessierte waren erschienen, um dem Sachverständigen Cemalettin Özer (MOZAIK gemeinnützige Gesellschaft für interkulturelle Bildungs- und Beratungsangebote mbH) bei der Präsentation der ersten Ergebnisse zum Thema „Was braucht es für eine gelingende Integration in den Dörfern und ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins?“ zu folgen.

In vier Themenecken hatten sie anschließend die Gelegenheit aktiv mit zu wirken und über folgende Themen zu diskutieren:

1. „Frischer Wind auf dem Dorf“
2. Wohnsitzauflage
3. Haupt- und Ehrenamt
4. Wie koordinieren wir uns langfristig?

Die Themenbereiche wurden von je zwei fachlich spezialisierten Gesprächspartnern betreut und ermöglichten im Anschluss an den Vortrag einen regen Austausch und Diskussion. Die Anwesenden konnten so ihre Erfahrungen und Meinungen direkt einbringen und zum Abschluss bei Imbiss und Getränken ihre Gedanken in persönlichen Gesprächen



*Gut 100 Interessierte folgten der Einladung ins Kieler Landeshaus zum Parlamentarischen Abend  
Foto: Ines Möller (ALR)*

noch vertiefen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden schriftlich festgehalten und fließen in die weitere Arbeit der Sachverständigen und des Begleitgremiums ein.

Durchweg positiv äußerten sich die Teilnehmer des Parlamentarischen Abends über den Verlauf der Veranstaltung, die durch die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme eine besonders intensive Auseinandersetzung mit dem aktuellen Thema der Flüchtlingshilfe ermöglichte und neue Aspekte für Schleswig-Holstein aufzeigte.

**Hintergrund und Anlass für das Projekt:** Die Flüchtlingswelle und die Folgefragen der Integration beschäftigen Europa, Deutschland und auch Schleswig-Holstein. Der Umgang mit dieser neuen und großen Herausforderung fordert und beansprucht Gesellschaft und Politik gleich-

chermaßen. Immer deutlicher wird, dass es neben der ad-hoc Bewältigung der akuten Herausforderungen, wie Einreise, Erfassung, Ankommen und Erstunterkunft, auch einer umfassenden Betrachtung und vor allem einer Strategie für die mittel- und langfristige Integration der zu uns flüchtenden Menschen braucht. Im bisherigen Berichtsjahr 2016 wurden in Deutschland 117.392 Erstanträge vom Bundesamt entgegen genommen. Die meisten Erstanträge im Jahr 2016 wurden aus den folgenden drei Ländern erfasst: Syrien mit 60.661 Erstanträgen (51,7 % aller Erstanträge), Irak mit 16.621 Erstanträge (14,2 % aller Erstanträge) und Afghanistan mit 12.404 Erstanträgen (10,6 % aller Erstanträge). Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 45.173 Erstanträge entgegen genommen; dies bedeutet im Vergleich einen Anstieg der Antragszah-

len um 159,9 %. Allein im Berichtsmonat Februar 2016 wurden 66.127 Erstanträge auf Asyl vom Bundesamt entgegen genommen. Gegenüber dem Vormonat (Januar: 50.532 Personen) stieg dieser Wert um 30,9 %. Im Vergleich zum Vorjahr (Februar 2015: 22.775 Personen) liegt damit fast eine Verdreifachung des Monatswertes (+190,3 %) vor (*Quelle: Asyl-geschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge für den Monat Februar 2016. Berlin, 2016*). Die Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge in Schleswig – Holstein sind im Jahr 2016 Syrien, Irak, Afghanistan, Iran, Armenien und Jemen. Die akuteste Entwicklung im Februar 2016 war geprägt von der Schließung der sog. West-Balkan-Route. Auch wenn dadurch die Zahl der täglich nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge sehr stark reduziert wurde, so ist unstrittig, dass die Themen Flüchtlinge, Migration und Integration als auch die verwandten Themen Einreiseland und Einreisegesetz Europa und insbesondere Deutschland die nächsten Jahre und Jahrzehnte weiter beschäftigen wird. Für Deutschland stehen somit viele und vielschichtige Fragen zur Unterbringung, Verteilung und vor allem zur langfristigen Integration dieser zu uns kommenden Menschen, unterschiedlicher Herkunft und Kulturen, im Raum. Studien, wie die der Schader-Stiftung aus Darmstadt oder Positionspapiere, wie z.B. die der

Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft ARGE Landentwicklung, zeigen auf, dass gerade für eine erfolgreiche Integration ein vielversprechendes Potential in der dezentralen Unterbringung und Integration gesehen wird. Eine spannende These. Vor diesem Hintergrund sollten die anstehenden Fragen der Migration und Integration nicht nur auf der Ebene der großen Städte und Metropolen diskutiert und beantwortet werden, auch die ländlichen Räume mit ihren Dörfern und kleinen Städten – ohnehin unter dem „Druck der Demografie“ – sollten sich mit den Chancen und Risiken einer dezentralen Integration von Migranten und Migrantinnen befassen. Dabei sollten die sozialen Aspekte des Miteinanders in der dörflichen Struktur eine Rolle spielen, genauso wie die Frage, inwiefern Integration im ländlichen Raum sich verträgt mit den Besonderheiten ggf. Defiziten ländlicher Infrastruktur und der Daseinsvorsorge auf dem Land, z.B. im Bereich Gesundheit, Nahversorgung oder Mobilität. Ländlicher Raum ist nicht gleich ländlicher Raum. Das vorliegende Projekt, die geplante Expertise, nimmt das Bundesland Schleswig-Holstein in den Blick und möchte für die hiesigen ländlichen Räumen Fakten zusammentragen, Überblick schaffen, Stimmungsbilder einsammeln, Diskussion und Austausch fördern und auf Grundlage der im Prozess gewonnenen Erkenntnisse

den Versuch unternehmen, Empfehlungen und Impulse für eine erfolgreiche Integration in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins zu geben. Die Leitfrage der Expertise lautet: Was braucht es mittel- und langfristig für eine gelingende Integration und ein interkulturelles Zusammenleben auf dem Dorf / in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins? Es geht demnach um eine landesspezifische Analyse der Ausgangssituation, der Risiken und Chancen der Integration von Flüchtlingen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins. Im Ergebnis wird die Expertise Aussagen auf folgenden vier Ebenen liefern:

- Fazit aus den bisherigen Untersuchungen und Studien
- Rahmenbedingungen und Ausgangssituation Schleswig-Holstein
- Vertiefung und Erörterung von Fragen und Einzelaspekten (s.u.)
- Ableitung von Empfehlungen und mittel- und langfristigen Hand-

lungsansätzen für eine erfolgreiche Integration

Aussagekräftige Informationen fließen u. a. ein durch die Durchführung von Expertengesprächen mit Schlüsselpersonen auf Landesebene (Innenministerium, MELUR V55, DRK, Diakonie, Flüchtlingsrat, SHGT u.a.) als auch mit Akteuren vor Ort (ausgewählte Vertreter der Amts- und Gemeindeebene, in der Flüchtlingshilfe aktive Vereine und Ehrenamtliche). Die Zwischenergebnisse und Empfehlungen werden in einem eigens dafür etablierten Begleitgremium aus Projektpartnern und Vertretern der verschiedenen Arbeitsebenen / relevanter Organisationen vorgestellt und diskutiert (Expertise im Dialogverfahren).

Die Veröffentlichung der Expertise ist für März 2017 geplant und wird im Rahmen einer Veranstaltung publik gemacht, zu der eine zeitnahe Einladung erfolgt.

*Text: Ines Möller u. Torsten Sommer (ALR)*

## Flüchtlingskonferenz 2016 in Lübeck

Am 09. November fand in Lübeck die 2. Flüchtlingskonferenz des Landes Schleswig-Holstein statt. Hier war die Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. mit einem Informationsstand vertreten, bei dem sich die Besucherinnen und Besucher der Konferenz über das aktuelle Projekt der Akademie „Neue Nachbarn – Zusammenleben

im ländlichen Raum“ informieren und austauschen konnten. Die Gelegenheit wurde dafür genutzt die Gäste nach Ihrer Meinung zu diesem Thema zu befragen, indem sie eigene Ideen zu der Frage „Was braucht es für eine gelingende Integration im ländlichen Raum?“ an eine Pinnwand anbringen konnten. Die Veranstaltung wurde außerdem



als Plattform für die mit der Studie beauftragten Gutachter von Mozaik GmbH genutzt, die noch einige für die Studie interessante Kontakte knüpfen konnten. Inhaltlich befasste sich die Konferenz mit der Flüchtlings- und Integrationssituation in Schleswig-Holstein, das durch die hohen Flüchtlingszahlen im Jahr

2015 vor einer großen Herausforderung steht. Ministerpräsident Torsten Albig hielt zum Auftakt der Veranstaltung eine Rede, in der er für eine Integration vom ersten Tag an plädierte und dafür, dass Schleswig-Holstein als Beispiel für Menschlichkeit und gelingende Integration dienen kann.



*Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Albig im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Akademie, Torsten Sommer (links), und den MOZAIK-Vertretern Antje Schwarze und Cemalettin Özer. (Foto: Alina Cornelissen)*

Im Rahmen des Flüchtlingspakts für Schleswig-Holstein wurden neue Leitlinien der Flüchtlings- und Integrationspolitik erarbeitet. Diese wurden vorgestellt und lauten wie folgt: 1. Migration und daraus erwachsene Vielfalt sind Grundlage unserer Gesellschaft; 2. Wir sind eine offene

Gesellschaft und setzen uns auch mit aller Kraft dafür ein; 3. Wir erwarten von allen Menschen in Schleswig-Holstein – egal seit wann sie hier leben –, dass sie unterschiedlichen Einstellungen, Lebensentwürfen und Weltanschauungen mit Respekt begegnen; 4. Eine Rückkehr in die

Heimat kann unterschiedliche Gründe haben – in jedem Fall erfolgt sie in Sicherheit, Würde und mit zukunftsorientierter Unterstützung; 5. Wir wollen, dass alle geflüchteten Menschen, die dauerhaft oder auf Zeit in Schleswig-Holstein bleiben, so schnell wie möglich die deutsche Sprache erlernen können und dies auch tun; 6. Wir appellieren an alle Menschen in Schleswig-Holstein, Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufzufassen und dauerhaft daran mitzuwirken; 7. Wir wollen, dass alle Menschen in Schleswig-Holstein die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Wohnen, Arbeit und sozialen Angeboten haben; 8. Wir brauchen ein auf Dauer geregeltes System für alle Formen der Zuwanderung nach Schleswig-Holstein; 9. Wir wollen eine sichere Gesellschaft sein, in der niemand Angst haben muss; 10. Wir sind uns bewusst, dass Engagement und Aus-

gaben für Integration Investitionen in unsere Zukunft sind.

Kurz vor der Konferenz wurde das Grünbuch 1.0 veröffentlicht. Es stellt einen Katalog flüchtlings- und gesellschaftspolitischer Empfehlungen dar, die von einem Arbeitskreis, bestehend aus Vertretern von Migrationsfachdiensten, Verbänden und Flüchtlingsorganisationen verfasst wurden. Das rund 70 Seiten starke „Grünbuch 1.0“ thematisiert unter anderem die Aufgabenbereiche Aufnahme und Bleiberecht, Erstaufnahme und Asylverfahren, Beratung und Betreuung, Unterbringung und Wohnen, soziale Versorgung, Ehrenamt und Vernetzung, gesundheitliche Versorgung, Schule, Bildung und Sprachunterricht, Ausbildung und Arbeit, besonders Schutzbedürftige wie Frauen und Kinder, Behördenhandel sowie Diskriminierung von Geflüchteten.

*Text: Alina Cornelissen (M.Sc. Geografin, temp. Mitarbeiterin ALR)*

## **„Wege mit Aussichten“ – Ausbaubeiträge für Straßen und Wege Neuerscheinung des Leitfadens für Kommunen**

Gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag und dem Bauernverband Schleswig-Holstein hat die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. ein weiteres Folgeprojekt in der Reihe „Wege mit Aussichten“ umgesetzt. Diesmal hat sie sich mit dem Aspekt der Finanzierung beschäf-

tigt. Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, des Amtes Hüttener Berge und der 3 Trägerorganisationen wurde gemeinsam mit ausgewiesenen Experten alles Wissenswerte zum Thema Ausbaubeiträge zusammengetragen, erörtert und im



Sinne einer Handreichung für Kommunen aufbereitet. In Teil B werden die Erfahrungen und Erkenntnisse des Amtes Hütener Berge dargelegt, die dort im Zuge der Einführung von Straßenausbaubeiträgen in zwei amtsangehörigen Gemeinden gemacht wurden.

Die Akademie hat auch dieses Mal viel Wert auf eine praxis-taugliche Aufbereitung gelegt. So enthält die Handreichung u.a. Muster für Bauprogramme und Satzungen, Grafiken zur Veranschaulichung von Einzelaspekten und eine Beispielrechnung für die Verrentung von Straßenausbaubeiträgen. Auslöser für die Initiative war u.a. die Änderung des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) im Jahr 2012, mit der neuen Option der sog. „Wiederkehrenden Beiträge“ – ein zum Teil aus verschiedenen Gründen sehr strittiges Thema. Die Herausgeber hoffen, den Verantwortlichen und Entscheidungsträgern vor Ort mit dieser Broschüre aktuelle und hilfreiche Informationen für diese z.T. komplexe Materie an die Hand zu geben, auf deren Grundlage sie dann zukünftig sachgerecht und gut abwägen können, wie der Ausbau von Straßen und Wegen in ihrem Zuständigkeitsbereich finanziert werden soll.

Die Handreichung wurde allen Ämtern und Gemeinden, sowie Interessierten kostenfrei zugesandt bezie-



*Im Schloss Bad Bramstedt fand am 16.11. 2016 die erste erfolgreiche Informationsveranstaltung statt (Foto: Sommer)*

hungsweise zur Verfügung gestellt und stieß auf große Aufmerksamkeit.

Zwei sehr gut besuchte regionale Informationsveranstaltungen, die die Akademie anlässlich der Veröffentlichung in Bad Bramstedt und Eggebek durchführte, zeigten das Gesprächs- und Diskussionsbedürfnis der „kommunalen Familie“ an diesem Thema. Um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich im direkten Austausch zu informieren, plant die Akademie im Frühjahr 2017 eine weitere Veranstaltung in diesem Format. Eine Einladung dazu wird zeitnah verschickt.

*Text: Ines Möller (ALR)*



*Gut besuchte Veranstaltung auch am 22.11.2016 in Eggebek (Foto: Sommer)*



## **Botschaftergespräch Slowakei Spannende Diskussion über Europäische Flüchtlingspolitik**

Zum Juli 2016 übernahm die Slowakische Republik den Vorsitz im Rat der EU. Sie hat sich für ihre sechsmonatige Ratspräsidentschaft u. a. das Thema Migration auf die Fahne geschrieben. Das traditionelle Botschaftergespräch am 13. Oktober 2016 im Landeshaus in Kiel fand vor diesem Hintergrund zur Frage „Zwischen Balkanroute, Mittelmeer und Dublin-Verordnung – Was wird aus der gemeinsamen Europäischen Flüchtlingspolitik?“ statt. Der Gesandte der Slowakischen Republik, Matúš Bušovský, betonte, dass die Ratspräsidentschaft in eine schwierige Zeit falle. Der Gipfel in Bratislava im September 2016 habe aber gezeigt, dass die EU eine „nach-

haltige Migrationspolitik“ fördern wolle. Der dort erstellte Fahrplan sei – für die EU ungewöhnlich – in einer klaren, deutlichen Sprache verfasst. Der Migrationswissenschaftler Dr. Marcus Engler gab als Co-Referent dem Publikum einen Einblick in die Herausforderungen der europäischen Flüchtlingspolitik. Der Flüchtlingszustrom sei in Europa ein Wahrnehmungs- und kein materielles Problem, so Engler. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum entstand eine rege Debatte zu drängenden europapolitischen Fragen in der Flüchtlingspolitik.

*Quelle: Europa aktiv 5/2016, Europa-Union Deutschland (Hrsg.) Autoren: Lisa Kühn & Renate Janke, Berlin, 2016*

## **12 neue Projekte der Aktion „Neue Wege in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ starten ab Januar 2017**

Mit der Aktion „Neue Wege in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ unterstützt die Landesregierung Schleswig-Holstein im Rahmen des „Landesprogramm Arbeit“ mit

Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) die Durchführung von Modellprojekten zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Mit

dem erfolgreich abgeschlossenen Ideenwettbewerb der Aktion starten ab Januar 2017 12 weitere Projekte, mit denen rund 1.300 Teilnehmer über 24 Monate eine Förderung aus dem Landesprogramm erhalten können. Seit Beginn der ESF Förderperiode im Jahr 2014 hat das Land damit insgesamt 49 Projekte initiiert, in denen insbesondere Geringqualifizierte, Ältere, Alleinerziehende, Migranten und Flüchtlinge durch unterschiedliche methodische Ansätze gezielte Unterstützung bekommen,

um wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Projekte leisten einen wichtigen und spürbaren Beitrag zum Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein. Die neu startenden Projekte werden mit 5,3 Millionen Euro gefördert.

*Mehr Informationen unter: [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/Arbeit/landesprogramm\\_arbeit.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/Arbeit/landesprogramm_arbeit.html)*

*Quelle: Eurobrief 2016, Investitionsbank Schleswig-Holstein (Hrsg.), Kiel, Dezember 2016*

## **Bildungsförderung, die beim Bürger ankommt: Der Weiterbildungsbonus Schleswig-Holstein**

Wer als Beschäftigter, Freiberufler oder Inhaber eines Kleinbetriebes eine Fortbildung machen möchte, kann sich die Seminarkosten zu 50 % aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds fördern lassen – der „Weiterbildungsbonus Schleswig-Holstein“ macht es möglich. 7 Millionen Euro stehen hier aus dem Landesprogramm Arbeit (Mittel des Europäischen Sozialfonds ESF) im Zeitraum 2014 - 2020 zur Verfügung. Gerade die Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen nutzen dieses Förderangebot sehr intensiv, um auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu sein. „Auch Menschen mit Migrationshintergrund können den Weiterbildungsbonus in Anspruch nehmen. Auch für sie gilt: Die Inanspruchnahme von Weiterbildungsangeboten fördert längerfristig die Integri-

on auf dem Arbeitsmarkt und wirkt Fachkräftemangel entgegen“, so Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Hervorzuheben sei auch, so Meyer weiter, dass grundsätzlich erheblich mehr Frauen als Männer den Weiterbildungsbonus in Anspruch nähmen. Nach wie vor zeigt die Branche Sozial- und Gesundheitswesen das größte Interesse am Weiterbildungsbonus, aber auch das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie das Logistikgewerbe zeigen reges Interesse. Eines gilt laut Meyer für alle Branchen: „Jede Investition in Qualifizierung ist gut für die Beschäftigten und für die Unternehmen.“

*Informationen unter: [www.weiterbildungsbonus.schleswig-holstein.de](http://www.weiterbildungsbonus.schleswig-holstein.de) Quelle: Eurobrief 2016, Investitionsbank Schleswig-Holstein (Hrsg.), Kiel, Dezember 2016*

## **FORCE – Neue Konzepte zur Abfallvermeidung und -Behandlung**

Am 1. September 2016 starteten 22 Partner die Zusammenarbeit im Europäischen Forschungsvorhaben „FORCE – Cities cooperating for circular economy“. Das Projekt hat das Ziel, neue Konzepte zur Abfallvermeidung und -behandlung für die Stoffströme Kunststoff, Biomasse, Elektroaltgeräte und Holz zu entwickeln.

In insgesamt vier EU-Städten fokussieren sich die Projektpartner jeweils auf einen Stoffstrom: Kopenhagen beschäftigt sich mit Kunststoff-, Lissabon mit Bio-, Genua mit Holz- und Hamburg mit Elektroabfällen. Der Hamburger Fokus liegt auf der Sammlung, Erfassung, Verwertung und gegebenenfalls Weiternutzung von Elektroaltgeräten, um die darin enthaltenen (strategischen) Metalle im Wertstoffkreislauf zu halten. Es soll u.a. ein Portal für Reparaturbetriebe eingerichtet, vorhandene Erfassungs- und Sammelsysteme optimiert und ein neues Sammelsystem getestet werden. Die gesammelten Elektroaltgeräte werden – bei entsprechender Eignung – aufgearbeitet und zum Verkauf angeboten oder in Einzelteile zerlegt und recycelt. Die

anderen drei Stoffströme (in Hamburg also Kunststoff, Biomasse und Holz) werden von der Stadtreinigung Hamburg in kleineren Demonstrationsvorhaben bearbeitet. Das Projekt leistet einen entscheidenden Beitrag zu den Europäischen Zielen, bis 2030 mindestens 65 Prozent des kommunalen Müllvorkommens und 75 Prozent des Verpackungsmülls recyceln zu wollen.

Beteiligte Partner in Hamburg: Stadtreinigung Hamburg, Freie und Hansestadt Hamburg (Senatskanzlei), HafenCity Universität, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Consist ITU Environmental Software GmbH, Aurubis AG. Ansprechpartner: Prof. Arndt Peter Schulz, Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, schulz@biomechatronics.de

Ansprechpartner: Stadtreinigung Hamburg (FORCE City Cluster Coordinator), Dr. Stefan Lübben (Tel.: 040/2576-1071, s.luebben@srhh.de) und Jana Kim Weser (Tel.: 040/2576-1076, j.weser@srhh.de)

*Quelle: Eurobrief 2016, Investitionsbank Schleswig-Holstein (Hrsg.), Kiel, Dezember 2016*



# LITERATURTIPPS

## Landschaftsplanung

### (Springer Reference Naturwissenschaften)

von Wolfgang Riedel (Hrsg.), Horst Lange (Hrsg.), Eckhard Jedicke (Hrsg.) & mehr;  
Berlin, Heidelberg, 17. Mai 2016; ISBN-13: 978-3642398544

Als Springer Reference liefert die komplett neu bearbeitete 3. Auflage sowohl eine kompetente Einführung für Studierende als auch ein Lern- und Nachschlagewerk für Praktiker der Landschaftsplanung und der Nachbardisziplinen. Sie beschreibt alle wichtigen planerischen Instrumente des Naturschutzes, die sich aus der Landschaftsplanung im weiteren Sinne auf der Ebene von Bund, Ländern, Regionen und Kommunen ergeben, und darüber hinaus die rechtlichen Vorschriften der EU, des Bundes und der Länder. Dabei

geht es gleichermaßen um juristische Grundlagen, ökologische Fakten und planerische Arbeitsabläufe, ergänzt durch praktische Anwendungsbeispiele, wie das Management ausgewählter Schutzgüter und ein nachhaltiges Nutzungsmanagement. Im Unterschied zu anderen Büchern im Themenfeld Naturschutz und Landschaftsplanung behandelt dieses Buch detailliert die Instrumente im Naturschutz und weniger ausführlich die Analyse und Bewertung des Naturhaushaltes mit seinen Schutzgütern.

## Mein Dorf – Bilder aus vergangener Zeit

Rosemarie Minsel, Selbstverlag P. Schwedtke (Hrsg.), Ruhwinkel, 2016

Kindheit in den 1920er Jahren „Ich liebe Kinder, kann an keinem Kinderwagen vorbeigehen, ohne hinein zu schauen“.

Das war das Leben von Rosemarie Minsel, der eigene Kinder verwehrt waren. In den 80er Jahren schrieb sie ihre eigene Kindheit aus den 20/30er Jahren auf. In einem Dorf, weit weg von den Städten des Landes.

Die Straßen hatten bestenfalls Kopf-

steinpflaster, Sand oder Lehm. Die Menschen waren arm, aber reich an Leben. Es reichte ihnen zum Überleben. Fast lebten Sie autark dank Bäcker, Schneider, Schmied, Tischler & Co. Nur die „Besseren“, Lehrer, Kaufmann, Pastor, Müller, brauchten keine eigene Versorgung aus Stall und Garten. In einer wundervoll warmen Sprache erinnert sie an den Zusammenhalt, an die Mitmenschlich-

keit aber auch an Not; zeichnet die besonderen, liebenswerten Charaktere nach, setzt ihnen ein Denkmal aus kindlicher Sicht.

Vergangen die Zeit, als ihr Dorf noch zwei Bahnhöfe hatte. Die Eisenbahn brachte sie in alle Himmelsrichtungen, in die Landeshauptstadt, in die Kreisstädte. Fotos aus ihrem Dorf

wurden ergänzt durch die Bilder des Landesamtes für Denkmalpflege, des Archivs der Museen des Schlosses Gottorf und von Privatleuten. Der Ertrag des Buches fließt in eine Einrichtung, die Kindern hilft – das wäre auch im Sinne Rosemarie Minsels, die leider nicht mehr dazu gefragt werden konnte.

## **Rettet das Dorf – Was jetzt zu tun ist**

*Gerhard Henkel (Autor), dtv, München, 2016; ISBN 978-3-423-28102-7*

„Dieses Buch will aufrütteln. Und aufzeigen, was dringend getan werden muss. Denn das Dorf ist in großer Gefahr“. Trotz mancher Lobgesänge auf die Provinz befinden sich zahllose Dörfer in einer Existenzkrise. Arbeitsplätze, Schulen, Gasthöfe, Läden verschwinden. Die Jungen wandern ab, die Älteren bleiben zurück. Es gibt Stimmen, die sagen, da könne man nichts tun, mit dem Dorfsterben müsse man sich abfinden. Gerhard Henkel hält nichts von solcher Resignation.

Er appelliert mit dieser Streitschrift nicht nur an die Entscheider in den Zentralen sondern auch an Lokalpolitiker und Dorfbewohner und liefert zahlreiche Vorschläge und Beispiele für Strategien und Verbesserungen »von oben« und »von unten«. Was

auf Dorfebene Bürger und Kommunalpolitik und an zentraler Stelle Politik und Gesellschaft ändern und dafür leisten sollten, stellt Henkel verständlich und kurzweilig dar. Er zeigt Schwachstellen der bisherigen Dorfentwicklungsplanung auf, entwickelt aber zugleich auch mögliche Strategien und Möglichkeiten für ein Umdenken und Handeln. Jedes Kapitel zu den wichtigsten Problembereichen auf lokaler Handlungsebene lässt er mit der Frage: „Was bleibt zu tun?“ enden. Gegenwärtigen Entwicklungen in den Dörfern stellt er konkrete Beispiele und Ideen kommunaler und bürgerlicher Aktivitäten zur Rettung der dörflichen Infrastrukturen gegenüber und verdeutlicht, wie sich innovative Bürgervereine dem Abwärtstrend entgegenstellen.

## **Wer wagt beginnt**

*Robert Habeck (Autor), Verlag Kiepenheuer & Witsch; Köln, September 2016, ISBN-13: 978-3462049497*

Die sogenannte Politik- und Parteienverdrossenheit begleitet uns

seit vielen Jahren, das öffentliche Ansehen von Politikern ist erbar-

mungswürdig. Der Schriftsteller und engagierte Familienmensch Robert Habeck erzählt, warum er sich als politischer Quereinsteiger dennoch seit 15 Jahren bei den Grünen engagiert, als stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein inzwischen mit großer Leidenschaft das Land mitgestaltet – und warum er grüner Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2017 werden will. Persönlich und mit großer Ehrlichkeit schildert Habeck, was ihn politisch antreibt, wie ihn das Leben in öffentlichen Ämtern verändert hat, wie er mit Niederlagen umgeht

und warum er darum kämpft, auch in Zeiten schneller politischer Antworten eine Kultur des Zweifels zuzulassen.

Ein Buch wie eine frische Brise durch die Hinterzimmer der Politik, ein Buch, das Lust auf Politik macht – und ein leidenschaftliches Plädoyer für politisches Engagement. Denn, so Habeck: Nichts ist durch Weggucken je besser geworden. Vielmehr müssen wir gemeinsam wieder Antworten finden auf die ganz großen Fragen: Welche Gesellschaft wollen wir sein? In welcher Zukunft wollen wir leben?

## Land und Ländlichkeit

*Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Seiten: 48, Erscheinungsdatum: 14.11.2016, Erscheinungsort: Bonn, Bestellnummer: 7646; Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 46–47/2016)*

Die Entwicklung von ländlichen Regionen gestaltet sich sehr unterschiedlich. Von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ kann oft nicht mehr die Rede sein. Vielen Menschen erscheint indes ein ländliches Leben (wieder) als attraktiv. Die „Landlust“ hat um sich gegriffen, Großstädter ziehen raus um ihre Vorstellungen von „Ländlichkeit“ zu verwirklichen, oder holen das Rurale in Form von

urban gardening oder urban farming in die Stadt. Hat in einigen Dörfern auch der letzte Lebensmittelladen geschlossen, der Landarzt sein Glück woanders gesucht und kommt – wenn überhaupt – nur noch ein Bus pro Tag, boomen andere Gegenden geradezu und wachsen an Einwohnern und Angeboten. Von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ kann oft nicht mehr die Rede sein.

## Der leise Atem der Zukunft

### Vom Aufstieg nachhaltiger Werte in Zeiten der Krise

*Ulrich Grober (Autor), OEKOM-Verlag, München, 2016; ISBN-13: 978-3-86581-807-2*

Der Autor lässt den Leser auf eine erzählerische Wanderung gehen, die Lust macht, Lust auf das Wandern

als Freizeitbetätigung, Lust auf das Erschließen von Städten und Regionen zu Fuß, aber vor allem Lust

auf das Entdecken des Wandels. Ein historischer Prozess des Umdenkens ist im Gange. Weltweit machen sich Menschen auf die Suche nach einer »anderen Welt«: vielgestaltig und kreativ, ohne fertige Lösungen, aber mit gemeinsamen Werten und einer geteilten Vision von nachhaltiger Zukunft. Dabei zu sein ist faszinierend. Und doch verengt sich momentan die Perspektive vieler zum Tunnelblick. Sie starren gebannt auf die Symptome von Krise und Kollaps: frustriert, angstbesetzt, gewaltbereit – oder resigniert, erschöpft, zynisch. Umso mehr zählt jetzt positive Energie. Ulrich Grober hat sich für dieses Buch auf den

Weg gemacht - zu Menschen und Orten, die für eine neue Kultur der Nachhaltigkeit stehen. Im Inneren des Landes, in der Mitte der Gesellschaft. Er wandert auf den Spuren von Hauffs Märchen »Das Kalte Herz« durch den Schwarzwald; entwirft einen Abgesang auf die Autostadt in Wolfsburg; meditiert auf Meister Eckharts Sitz im Predigerkloster zu Erfurt. Was ihn interessiert, sind nachhaltige Werte im aktuellen Zeitgeist. Sein Buch erzählt vom Hunger nach Entschleunigung, nach Gelassenheit und Empathie, nach Einfachheit, Nachhaltigkeit und – Sinn.

## Begegnungen:

### Schleswig-Holsteinische Geschichte in Lebensbildern

*Detlev Kraack (Autor), Wachholtz-Verlag; Neumünster, 18. April 2016*

Wer hat die Geschichte Schleswig-Holsteins »gemacht«? Natürlich waren es nicht nur die »Großen«, und auch nicht nur die Männer allein, die Geschichte schrieben, Ideen verfolgten und Siege errangen. Geschichte ist heute viel mehr als Herrschaftsgeschichte es geht nicht nur um Fürsten, Könige und Staaten. Die

moderne Personengeschichtsschreibung bindet die Biografien in das Lebensumfeld der Menschen ein. Es entsteht eine Gesamtschau: der Mensch in der Geschichte. Detlev Kraack versammelt das Wissen über die wichtigsten Menschen ihrer Zeit. Ein Buch zum Schmökern, Blättern und Entdecken.

### Wir Schleswig-Holsteiner, 70 Jahre – 70 Menschen

*Gerhard Müller (Autor), mit Fotografien von Frank Peter, Kieler Nachrichten (Hrsg.); Kiel, 10. November 2016; ISBN: 9783529051357*

Das große Buch zur KN-Serie »WIR SCHLESWIG-HOLSTEINER«. Viele Redakteure und Redakteurinnen der Kieler Nachrichten waren im gan-

zen Land unterwegs, um Menschen zu begleiten bei dem, was sie tun, was sie sind. Schleswig-Holstein, zwei Meere, frische Luft und feine



Strände, interessante Landschaften und idyllische Orte, Heimat und Urlaubsregion. So abwechslungsreich das Land, so interessant die Leute. Die Autoren der Kieler Nachrichten saßen für WIR SCHLESWIG-HOLSTEINER bei Prominenten im Wohnzimmer, besuchten „normale“ Menschen an deren liebsten Orten, zogen Schutzkleidung an, um

die Produktion nicht zu gefährden oder machten sich die Füße nass im Watt. Immer wurden sie willkommen geheißen. So entstanden die 70 Geschichten. Jede ist typisch für das Land und illustriert mit eindrucksvollen Fotos. Dieses Buch ist auf seine Art einzigartig. Und es ist eine Liebeserklärung an dieses wunderbare Bundesland und seine Menschen.

## **Wir brauchen Ihre Mitarbeit!**

Ein interessantes Mitgliederheft

lebt vom Engagement seiner Leserschaft.

Bitte senden Sie uns Berichte, Informationen und Hinweise aus Ihrer Arbeit, die auch anderen Mitgliedern Anregungen geben könnten.

Leserbriefe nehmen wir ebenfalls gern entgegen.

Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der **30. Mai 2017**.



## TEXTE

### **Räumliche Gerechtigkeit – Ein Thema für Landentwickler und sonstige Geodäten?!**

**Prof. Dr.-Ing. Karl-Friedrich Thöne, dem geodätischen Brückenbauer und begnadeten Kommunikator, zum Gedächtnis**

*Ein Text von Univ.-Prof. EoE Dr.-Ing. Holger Magel, FIG Honorary Präsident und Ehrenmitglied des DVW, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Raum in deutschen Ländern*

#### Zusammenfassung

Im Zuge der räumlichen Disparitäten und der oft kontroversen Diskussionen über richtiges politisches und staatliches Handeln geraten die Begriffe gleichwertige Lebensbedingungen und – zwar zurückhaltender – räumliche Gerechtigkeit in das allgemeine Interesse. Der Artikel macht deutlich, dass es eine auf Menschenrecht und Menschenwürde basierende universelle Gerechtigkeitsnorm gibt, die keine Alternative lässt, als weiterhin alles zu tun, um eine gerechte räumliche Entwicklung in allen Landesteilen sicherzustellen bzw. anzustreben.

Diese bisher vornehmlich von Geographen, Raumökonomien und Juristen diskutierte Gerechtigkeitsfrage sollte angesichts der beachtlichen raumbezogenen und raumbedeutsamen Beiträge der Geodäsie und hier

insbesondere der Landentwicklung endlich auch ein Thema für Geodäten werden.

#### **1 Karl-Friedrich Thönes Konstanten waren Werte und Tugenden**

Dieser Aufsatz gilt dem Andenken an den langjährigen Chef der Thüringer Landentwicklung sowie Präsidenten des Deutschen Vereins für Vermessungswesen Ministerialdirigent Prof. Dr.-Ing. Karl-Friedrich Thöne. Ein Leben lang hat er, der hochbegabte und führungsstarke, für seinen geodätischen Beruf und auf verschiedensten nationalen und internationalen Ebenen für seine Ideale und Werte gekämpft. Ihm ging es im besten Sinne um eine humane Geodäsie (de Vries 2016) und menschenorientierte, gerechte Landentwicklung, die in Verantwortung vor Gott und der Schöpfung ihre Beiträge zur gerechten Daseinsvorsorge und nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Land leisten sollten (Thöne 2009). Um dies auch professionell zu erreichen, waren für Karl-Friedrich Thöne Ingenieur-tugenden

wie Zuverlässigkeit, Verlässlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Nachhaltigkeit ebenso unerlässlich wie die Bildung von starken unbestechlichen Institutionen einerseits und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und einer freien Zivilgesellschaft andererseits. Er hat Brücken gebaut innerhalb und außerhalb der Geodäsie. Seine Impulse, Initiativen und fachlichen Beiträge in Theorie und Praxis werden weiter wirken und anspornen.

### **2 Es geht um Gerechtigkeit –**

auch beim räumlichen Handeln! Können wir etwas von China lernen? Sicherlich nicht viel, wenn es um die Anwendung der von Entwicklungshilfeminister Gerd Müller viel bemühten, ja sogar zur zentralen Voraussetzung seiner Zusammenarbeit gemachten Menschenrechte und Menschenwürde geht (Müller 2016: »Der Einsatz für die Menschenrechte gehört für mich zu einer wertebasierten Entwicklungspolitik. [...] Im Mittelpunkt steht dabei die Würde des Menschen«), denn das interessiert schlechterdings die Chinesen nicht. Wir können aber, vor allem jene Wissenschaftler, Institutionen und Medien, die derzeit ganze ländliche Räume in Deutschland mehr oder weniger aufgeben und sich selbst überlassen wollen, von China lernen, das sich gerade jetzt an den Kraftakt heranwagt, seine ländlichen Räume unter dem missverständlichen Schlagwort der Urbanisierung

durch neue Aktivitäten in der Raumordnung, Landwirtschaft, Land- und Kommunalentwicklung sowie sogar in der Umweltpolitik (Klaus/Magel 2016) zu stärken. Chinas Staatspräsident Xi Jinping (2014) gibt den Takt vor: »So lange der ländliche Raum, insbesondere seine armen Regionen hinter dem Rest des Landes liegen, so lange können wir nicht sagen, dass wir eine Gesellschaft mit angemessenem Wohlstand erreicht haben«. Wie anders doch klingt das in Deutschland, wo sich Bayern und Brandenburg fast schon dafür rechtfertigen müssen und müde belächelt werden, dass sie in ihre Verfassungen das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse hineingeschrieben und dazu eigene Enquetekommissionen des Landtags etabliert haben. Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz hat aus Sicht der beiden Länder offensichtlich keinen rechten »Biss« und wird vielfach sogar eher als Beschränkung, denn als Auftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse gesehen (Kersten 2016). Das offizielle Bayern (Staatsregierung und Landtag) will mehr: Es will nicht mit »Vielfalt statt Gleichwertigkeit«-Parolen (Berlin-Institut et al. 2013) beruhigen, sondern eher »Gleichwertigkeit und Vielfalt«, denn – und hier ist dem Raumethiker Schneider (2011) zuzustimmen – das »sich Zufriedengeben allein mit Vielfalt darf nicht dazu verleiten, auf sämtliches Gerechtigkeitsmaß für die Bewertung

von Lebensbedingungen zu verzichten.« Das Stichwort, das auch Karl-Friedrich Thöne in dieser nicht nur deutschen Schicksalsfrage so zentral wichtig war, heißt also Gerechtigkeit! Gerade die Zukunft und Entwicklung von Regionen darf keine Frage aktueller politischer Gesinnungen und wirtschaftlicher Hochkonjunktur oder, schlimmer noch, eine Frage kühler Effizienzrechnungen sein. Nein, es ist eine Frage der von Menschenrecht und Menschenwürde ausgehenden sozialen und räumlichen Gerechtigkeit. So sehr die Diskussion über soziale Gerechtigkeit in Deutschland ausgeprägt und sichtbar ist, so bescheiden ist dies im öffentlich-administrativen Diskurs und in großen Medien bei der räumlichen Gerechtigkeit der Fall. Kurz und relativ nichtssagend heißt es dazu z. B. im Raumordnungsbericht 2005: »Räumliche Gerechtigkeit ist ein lebendiger Ausdruck für die Leitvorstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie sie im Raumordnungsgesetz als herausgehobene Zielkomponente nachhaltiger Raumentwicklung enthalten ist« (zitiert in Redepenning 2016). Mehr ist von der Raumordnung offensichtlich nicht zu erwarten: Lendi (2011) beklagt sogar, dass »es um die Ethik in der Raumplanung still geworden ist, sehr still sogar«. Offensichtlich überlässt man seitens der (Raumplanungs-) Politik die nähere Diskussion der Fachwelt. Erfreulicherweise

gibt es in letzter Zeit vermehrt auch in Deutschland unterschiedliche Antworten und Ansätze, z. B. aus philosophischer Sicht (Nida-Rümelin 2010), sozialetischer (Schneider 2011), geographischer (Volkman 2016), städtebaulicher (Fiedler 2012) und aus Regionalentwicklungssicht (Hahne/Stielike 2015). Alle sind maßgeblich beeinflusst einerseits von den grundlegenden Arbeiten von Rawls (1971), Sandel (2013) und Dworkin (2014) sowie andererseits von den fachspezifischen Arbeiten zu spatial oder territorial justice von Haggett (1991), Harvey (1973) und neuerdings vor allem der Amerikaner Soja (2010) und Williams (2013). Allen gemeinsam ist die Einsicht, dass Planen und Gestalten im Raum, auch ein Nichtstun oder Gewährenlassen, stets Aspekte der Gerechtigkeit und vice versa berührt. Wörtlich heißt es dazu bei Soja (a. a. O.): »Justice has a consequential geography, a spatial expression, that is more than just a background reflection or set of physical attributes to be descriptively mapped.« Und bei Williams (a. a. O) lesen wir den zentralen Satz: »the organisation of the spatial world influences the fair ordering of human relations«. Es verwundert deshalb nicht, dass Soja schließlich meint: Spatial justice ist kein Substitut oder keine Alternative für soziale, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit.

Räumliche Gerechtigkeit erweitert

diese Konzepte hin zu einer neuen Ära des Verstehens und der politischen Praxis. Im Kern geht es Soja um eine Abkehr von rein zentralistischen Planungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg hin zu Beteiligung der Bürger und mehr Selbstbestimmung im Raum, ob in Stadtteilen, Regionen, Ländern oder sogar Kontinenten.

In Bezug auf die in Deutschland ablaufende Diskussion z. B. über »Starke bzw. Stärken stärken« anstatt schwache Regionen noch weiterhin zu fördern, lohnt ein näherer Blick auf den »Übervater« der Gerechtigkeitstheorie John Rawls (a. a. O): Er vertritt vehement den Gleichheitsgrundsatz bei Rechten und Grundfreiheiten, lässt aber auch Ungleichheiten zu im Wissen um verschiedene Leistungsbereitschaften und -fähigkeiten der Menschen. Übertragen auf den Raum und auf räumliche Gerechtigkeit ist also Ungleichheit zwischen verschiedenen Regionen durchaus zulässig. Entsprechend akzeptierte die deutsche Ministerkonferenz für Raumordnung 2006 Ungleichheit »bis zu einem gewissen Grad«. Rawls Gerechtigkeitstheorie hat aber eine entscheidende Einschränkung gemacht: Ungleiche Entwicklung und Verteilung sind nur dann zulässig, wenn 1. zuvor allen Menschen faire Chancengleichheit eröffnet wurde beim Zugang zu Ämtern und Positionen und 2. ungleiche Entwicklungen zum Vorteil der we-

gen unverschuldeter Nachteile (Geburtsort, soziale Herkunft etc.) am wenigsten begünstigten Mitglieder der Gesellschaft sind (sogenanntes Differenzprinzip, Magel 2015).

Magel, Räumliche Gerechtigkeit – Ein Thema für Landentwickler und sonstige Geodäten?! Fachbeitrag 141. Jg. xxx/2016 zfv 3 Piketty (2014) weist in diesem Zusammenhang auf eine Forderung der französischen Menschenrechtserklärung 1789 hin: Dort hieß es: Soziale Ungleichheiten und Unterschiede werden nur soweit akzeptiert, als sie im »allgemeinen Interesse« liegen. Er vergleicht die Regelung der Menschenrechtserklärung mit der berühmten Sozialbindung des Art. 14 des deutschen Grundgesetzes. Im »allgemeinen Interesse« muss auch liegen, dass die Unterschiede im Lande nicht zu groß und die Ärmeren nicht noch weiter zurück bleiben. Nida-Rümelin (a. a. O.) verweist immer wieder mal auf das Beispiel enorm auseinanderklaffender Gehälter von Konzernchefs und ihren Mitarbeitern. Diese riesige Schere kann dann gerechtfertigt sein, wenn durch die höhere Leistung der Chiefs im dadurch prosperierenden Unternehmen auch die Einkommen der »kleinen« Mitarbeiter steigen. Nachdem die Wohlfahrtsleistungen (Spill over effect) des prosperierenden Ballungsraumes für den weniger gut positionierten ländlichen Raum wohl nicht einheitlich so gesehen werden und auch nicht ausreichen,

muss nach Nida-Rümelin der Staat immer dann eingreifen, wenn die Unterschiede zwischen den Räumen zu groß werden. Nichts zu tun nennt Rümelin eine zynische Haltung: Denn sich allein auf das freie Spiel der Kräfte zu verlassen, ist angesichts der Tatsache, dass »der Markt blind ist« (Rümelin a. a. O.) und keine Zukunftsverantwortung kennt, mehr als verantwortungslos. Hahne und Stielike (2013) folgern daraus: Gerechtigkeit in einer räumlich differenzierten Gesellschaft bedeutet, dass alle Individuen unabhängig von ihrem Wohnort ihre Freiheitsrechte ausüben und sich nach ihren Möglichkeiten entfalten können, ihnen keine Nachteile durch ihren Standort entstehen und sie Chancengleichheit im Zugang zu öffentlichen Gütern erhalten, die der Staat bereitstellen müsse.

### **3 Den Schwachen muss geholfen werden!**

Wenn einzelne Boomräume enteilen, immer wohlhabender werden und die Menschen anziehen und der Rest des Landes immer mehr zurückfällt, droht eine Gerechtigkeitslücke, wenn kein Ausgleich erfolgt. Prosperierende leistungsstarke Ballungsräume wie z. B. München oder Frankfurt und daraus resultierende Unterschiede in Lebensstandard und Einkommen können also im Sinne der Gerechtigkeitstheorie von Rawls nur akzeptiert werden, wenn auch die anderen Räume noch eigenstän-

dige Chancen haben und vom Wohlstandskuchen profitieren – und nicht mit Mindestversorgungs-/Mindeststandardfloskeln vertröstet werden. Schneider (a. a. O.) führt dazu aus: »Die Sicherstellung von Mindestversorgungsstandards für solche Räume reicht aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive nicht aus.« Es ist also total ungerecht, wenn man diese Räume sich selbst überlässt. Das Gegenteil ist aus Gerechtigkeitsgründen notwendig. Piketty (a. a. O.) fordert in seinem Bestseller außerordentlich starke Institutionen, um die gegenwärtige Ungleichheitsdynamik zu regulieren. Er kommt als Ökonom zu dem Schluss, der für politische Philosophen wie den vorgenannten Rümelin eine Forderung der Gerechtigkeit ist: Der Staat und seine Institutionen müssen in das freie Spiel der Kräfte eingreifen und sich um wirkliche Chancengleichheit bemühen. Denn die Gerechtigkeit fordert nicht nur, für einen gerechten Ausgleich innerhalb der Sozialstruktur zu sorgen; es geht auch um einen gerechten Ausgleich zwischen prosperierenden Gebieten und wenig entwickelten Regionen. Exakt dieser Gedanke an starke Institutionen und deren Verantwortung zum konkreten Eingreifen war ein Leitmotiv und ein selbst im fernen Kambodscha beim GIZ-Beratungseinsatz gelebtes Bekenntnis von Karl-Friedrich Thöne. Er praktizierte es seit seinen ersten Ministerialjahren in Bonn und ins-

besondere später im thüringischen Erfurt. Gerade im neuen Bundesland hat er die Ungleichheitsdynamik innerhalb Deutschlands besonders hautnah erlebt. Oben angeführter gerechter Ausgleich hat in erster Linie mit der räumlichen Verteilung von Gütern, Ressourcen und Infrastruktureinrichtungen der Daseinsfürsorge zu tun (sog. Verteilungsgerechtigkeit). Man darf sich allerdings damit alleine nicht zufriedengeben. Darauf wurde in der Diskussion über gerechte Entwicklung in den letzten Jahren vor allem von Amartya Sen (2013) durch den Hinweis auf die jedem deutschen Dorf- und Landentwickler vertrauten Leitbegriffe »Befähigung / Empowerment« hingewiesen. Sen sagt richtig: »Es nützt nichts, die Bevölkerung mit Gütern zu beglücken und damit der Verteilungsgerechtigkeit zu folgen, wenn die Menschen daraus nichts machen können infolge fehlender Befähigung.« Hier kommt das längst veränderte Staatsverständnis ins Spiel, nämlich der Wandel des Staates vom Versorger hin zum Ermöglicher sowie – unverändert in klar definierten Bereichen – als Garant von Kernleistungen (Sicherheit, Sozialstaatsprinzip, Stabilität etc.). Die von Landentwicklern maßgeblich forcierte Gründung von Schulen der Dorf- und Landentwicklung sowie von Akademien Ländlicher Raum (auch in Thönes Thüringen) war die Antwort auf diesen Wandel und die Herausforderung, die Bürger

im Sinne der spatial justice von Soja zur Beteiligung und Selbstverantwortung zu befähigen.

#### **4 Ein neues Modell der räumlichen Gerechtigkeit**

Es gibt durchaus bereits verschiedene Ansätze, die räumliche Gerechtigkeit zu messen bzw. zu bewerten: In der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von 2002 und entsprechend im Raumordnungsbericht 2005 ist vom Dreisäulen-Modell der Nachhaltigkeit die Rede: wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, soziale und räumliche Gerechtigkeit sowie Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu wurden 17 Kernindikatoren und Zielwerte entwickelt (Milbert 2013). Sie fokussieren vornehmlich auf ökonomische, Bildungs- und Ökologieaspekte sowie Infrastrukturkriterien. Letztlich berühren sie damit vor allem die Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit. Auch Kersten et al. (2015) bleibt dieser eher klassischen Sicht treu: »Der Wert gleicher Lebensverhältnisse wird durch die einheitliche Gewährleistung der Daseinsvorsorgeleistungen in den Infrastrukturbereichen Gesundheit, Bildung und Kommunikation garantiert. ... Diese staatliche Garantie der Gleichheit hat infrastrukturelle Folgewirkungen: Gesundheit, Bildung und Kommunikation sind ohne die Gewährleistung von Energie-, Wasserversorgung und Mobilität nicht denkbar und nicht

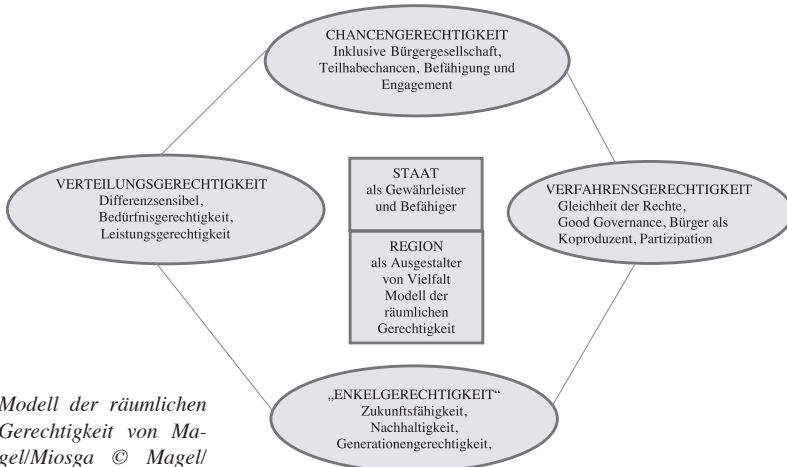
praktisch gestaltbar.« Anders dagegen Redepenny (2016) in seinem stark von Fraser (2009) inspirierten Modell »Differenzierung räumlicher Gerechtigkeit«. Er führt drei Dimensionen auf: 1. Verteilung (räumliche Erreichbarkeit und Zugänge zu Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge), 2. Beteiligung/Gehört werden (Artikulationsfähigkeit und Einbindung in politische Entscheidungen), 3. Anerkennung (Anerkennung regionaler »Andersartigkeit«, Anerkennung von Lasten und Leistungen der Regionen, »Ordnung des Nebeneinanders«). Das kommt sehr stark der oft propagierten Vielfaltsidee nahe. Hahne/Stielike (a. a. O.) rücken dagegen von vorneherein von einem Ganzheitsanspruch der räumlichen Gerechtigkeit ab und sprechen davon, sich auf jene Aspekte zu konzentrieren, die durch die öffentliche Hand gewährleistet werden können. Daraus folgt, dass sich der Gleichwertigkeitsanspruch nicht auf das Wohlstandsniveau oder die in der Umgebung verfügbaren Arbeitsplätze erstrecken kann, auch wenn diese die regionale Lebensqualität entscheidend beeinflussen. Hahne/Stielike raten deshalb dazu, weniger auf Verteilungsgerechtigkeit als auf Chancengleichheit zu setzen. Die neue Schrift der ARL (2016) setzt sich von dieser Beschränkung ab, indem sie, ohne auf den Begriff der räumlichen Gerechtigkeit einzugehen, sowohl Aspekte der Ver-

teilungs-, als auch der Chancen und Umweltgerechtigkeit bei ihrer Fokussierung auf Daseinsvorsorge einbezieht. Im Auftrag der bayerischen Enquetekommission »Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern« hat Magel (2015), ausgehend von der Schrift »Global, aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklungen ermöglichen« (Edenhofer et al. 2010) und dem Gutachten für die Fraktion Freie Wähler (Auweck et al. 2011), ein neues Modell der vielen Abgeordneten als Begriff völlig neuen räumlichen Gerechtigkeit entwickelt. Es vereint Ideen insbesondere von Rawls, Sen und Schneider und ist von Miosga (2015) noch explizit um die Einzelgerechtigkeit ergänzt worden (s. Abb. 2). Die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit Chancen-, Verteilungs-, Verfahrens- und Generationen oder Einzelgerechtigkeit bilden die anspruchsvolle Basis für die Sicherung und Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie das fachliche Grundgerüst für konkretes Handeln z. B. in den Bereichen Landesentwicklung, Regional- und Gemeindeentwicklung, Land-, Stadt- oder Dorfentwicklung etc. Betrachtet man dieses Magel/Miosga-Modell, wird sofort deutlich, dass es um weit mehr geht als um reine materielle Daseinsvorsorge und Verteilung von Ressourcen und Gütern; es geht um viele weitere und bisher schwer messbare Aspekte, wie gerechte Boden(nutzungs)politik



(Magel et al. 2016), Bildungspolitik, sozialgerechter Städte- und Wohnungsbau, Partizipation, Befähigung, Inklusive Bürgergesellschaft, Engagement, Governance, gleiche Rechte

für alle etc. All dies sind Aspekte, die auch eine moderne Landentwicklung ausmachen und die in den letzten 20 Jahren von Karl- Friedrich Thöne entscheidend mit angestoßen wurden.



*Modell der räumlichen Gerechtigkeit von Magell/Miosga © Magell/Miosga 2015*

Nun geht es darum – und das sind die gegenwärtigen Bemühungen in der Expertenkommission des Bayerischen Landtags –, in jedem dieser vier Gerechtigkeitsfelder allgemein anerkannte Indikatoren, Kriterien und Referenzsysteme zu finden. Dabei verweist allein schon das Wort differenzsensibel in der Box Verteilungsgerechtigkeit darauf, dass es nicht um Gleichheit, sondern um eine jeweils adäquate, standortgerechte und damit auch gleichwertige Ausstattung geht. Man darf gespannt sein, welche neuen und vor allem über die bisherigen konventionellen Kriterien hinaus zusätzlichen Kerngrößen und Wertmaßstäbe das dazu

von der Kommission vergebene Gutachten (Koppers et al. 2016) bringen wird. Dabei werden auch viele in- und ausländische Bemühungen zur Erfassung von Lebensqualität, Wohlstand, gutem Leben, well being und Glücklichkeit mit berücksichtigt. Eine besondere Herausforderung dürfte die »Messung« der Generationengerechtigkeit darstellen. Miosga (a. a. O.) weist darauf hin, dass es hier besonders um Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit geht und damit um effektiven Klimaschutz zur Begrenzung der Erderwärmung, Sicherung und Verbesserung der Biodiversität, sauberes Trinkwasser, Boden- und Ressourcenschutz,

Reduktion des Flächenverbrauchs etc. – letztlich also neben dem viel zitierten finanziellen vor allem auch um den ökologischen Fußabdruck. Experten wissen längst, dass dabei noch ein Aspekt viel mehr als bisher berücksichtigt werden muss, nämlich die sogenannten lebenslagenspezifischen Indikatoren. Das heißt das Phänomen, dass die Menschen im Laufe ihres Lebens unterschiedliche Berufs- und Wohnbedürfnisse und –formen haben und dementsprechend periodisch wechselnde Gleichwertigkeitsempfindungen. Bestes Beispiel sind die sogenannten empty nesters, also Elternpaare im erwerbsfähigen Alter, deren Kinder längst außer Haus sind und die nun u. U. neue Wertvorstellungen und Lebensbedürfnisse haben. Es zeichnet sich ab: Viele Antworten zur »gerechten« Bewertung der Lebensbedingungen können nur von den Bürgern selbst gegeben und Beurteilungskriterien letztlich nur in einem transparenten Aushandlungsprozess zwischen Kommunen und Staat gefunden werden (s. Kötter 2016). Es ist keine Frage, dass gleichwohl zur Erhebung und Verwendung dieser qualitativen und quantitativen Kriterien und Standards Daten benötigt und verwendet werden, die geo-codiert und für komplexe Aussagen geeignet sein sollten. Geospatial 4.0, das Leitthema der INTERGEO® 2015 in Stuttgart und dem Planer und Ent-

scheider Karl-Friedrich Thöne ein besonderes Anliegen, erfährt gerade hier seine volle praktische Berechtigung und Bewährung.

### **5 Gerechtigkeitsauftrag an die Geodäsie und die Landentwicklung**

Räumliche Gerechtigkeit und daraus abgeleitet das Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse sind keine politische Phrasendrescherei oder hilflosen Ablenkungsmanöver wohlhabender oder armer Länder, die man nicht ernst nehmen muss, weil doch ganz andere Sorgen drücken oder gewinnorientierte Kräfte wirken. Nein: Es ist ein fundamentaler normativer Auftrag an unsere Politiker, Fachleute und Gesellschaft, alles zu tun, um nicht nur für soziale, sondern auch für räumlich gerechte Verhältnisse zu sorgen. Es ist auch ein fundamentaler Auftrag an die Geodäsie und hierbei vor allem an jene Geodäten, die Land Management durch ihre Tätigkeit im Raum tagtäglich über Gerechtigkeit und Lebensbedingungen von Menschen entscheiden (Williams (a. a. O): »fair ordering of human relations«): Es sind die Landentwickler! Ob es eine geordnete Flur, ein erneuertes Dorf, eine neue Ortsverbindungsstraße oder eine Interkommunale Allianz ist: Jedes Mal wird in partizipativ gestalteten Landentwicklungsprojekten zugunsten von Eigentümern und Nutzern, Ortschaften, Gemeinden und ihren Menschen im Sinne räumlicher Gerechtigkeit

über menschliche Beziehungen sowie Lebensbedingungen und Lebensqualität entschieden. Das meint im Grunde auch der insbesondere aus deutscher FIG-Zeit (2002–2006) bekannte Slogan *People, Places, Politics*. Eine im Sinne von Lendi (a. a. O.) ethische und damit erst gerechte Raum- und Landentwicklungspolitik dient den im Raum lebenden Menschen, ihren Rechten, Bedürfnissen und ihrer Würde. Das Dienen geschieht durch Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen und durch konkrete Beiträge und Eingriffe in den vier Gerechtigkeitsfeldern. Jeder Fachmann kann mühelos seine Beiträge den jeweiligen Gerechtigkeitsfeldern zuordnen. Diesen ethischen Hintergrund der Landentwicklung und der Geodäsie insgesamt herauszustellen, war ein permanentes Anliegen von Karl-Friedrich Thöne. Es ging ihm um die Verortung und Verankerung der geodätischen Leistungen und ihrer wertebasierten Beiträge in der Gesellschaft, die selbst ein untrügliches Gespür hat für Gerechtigkeit (Thöne a. a. O.). Auch den Studenten des internationalen Masterprogramms *Land Management* der TUM aus aller Welt hat Thöne über zehn Jahre lang in Vorlesungen und auf Exkursionen wortgewaltig diese normativen Werte sowie ihre Führungsverantwortung für die Schaffung eines gleichberechtigten Lebens im ländlichen Raum in ihren Heimatländern in die Herzen

geschrieben. Die Beschäftigung mit diesem Thema sollte zum Pflichten-katalog aller Geodäten werden. Dann nämlich könnten sie noch viel selbstbewusster und überzeugender dem fatalen globalen und nationalen Ungleichgewicht entgegentreten. Dann auch könnten sie den in der FIG vielfach be- oder besser abgenutzten Begriff »For a just world« konkreter und vor allem ethisch-normativ ausfüllen durch das und in dem Wissen um die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit und die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen. Dann könnte die diesbezüglich angereicherte deutsche *Land Management* »Botschaft« (s. Abb. 3) sowohl national wie auch international den Startpunkt zu grundsätzlicheren und nicht a priori rein auf Technik und Infrastruktur gerichteten Überlegungen im Sinne einer humanen Geodäsie (de Vries a. a. O.) und eines nachhaltigen *Land Managements* zur Erfüllung der globalen *Sustainable Development Goals 2030* (UNDP 2015) bilden. Der Artikel möge einen kleinen Anstoß dazu gegeben haben.

#### *Literatur*

*Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder. Positionspapier aus der ALR 108.*

*Auweck, F., Bosse, C., Fechter, C., Magel, H. (2011): Strukturschwache ländliche Räume in Bayern. Strategien zur Wirtschafts- und Kommunalentwicklung.*

- Grontmij Gutachten für die Freien Wähler im Bayerischen Landtag, München.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Potsdam Institute of Advanced Sustainability Studies (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Berlin.
- De Vries, W. (2016): *Conceptualizing human geodesy – a contradiction interminis or a conditio sine qua non?* Geodätisches Kolloquium der TU München und des DVW Bayern am 14.06.2016.
- Dworkin, R. (2011): Was ist Gleichheit? Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1886.
- Edenhofer, O., Lotze-Campen, H., Wallacher, J. (2010): *Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklungen ermöglichen.* C. H. Beck-Verlag, München.
- Fiedler, J. (2012): *Spatial Justice – Ein städtebauliches Wertesystem.* In: *Radical Standard. Zur städtebaulichen Umsetzung von Spatial Justice.* Institut für Städtebau, TU Braunschweig, S. 7–9. [www.archurb.at/wp-content/uploads/Spatial-Justice\\_201205.pdf](http://www.archurb.at/wp-content/uploads/Spatial-Justice_201205.pdf), letzter Zugriff 30.08.2016.
- Fraser, N. (2009): *Scales of Justice: Reimagining Political Space in a Globalizing World.* New York: Columbia University Press.
- Haggett, P. (1991): *Geography. Eine globale Synthese.* Ulmer.
- Hahne, U., Stielike, J. M. (2013): *Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zum Wandel der Normierung räumlicher Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.* Ethik und Gesellschaft, Heft 1/2013, Schwerpunkttheft *Der »spatial turn« der sozialen Gerechtigkeit.* [www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/issue/view/26/show-Toc](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/issue/view/26/show-Toc), letzter Zugriff 30.08.2016.
- Harvey, D. (1973/2009): *Social Justice and the City.* Revised Edition. Athens, GA: University of Georgia Press.
- Kersten, J. (2016): *Über Gleichwertigkeit reden.* LandInForm, 2/2016, S. 52.
- Kersten, J., Neu, C., Vogel, B. (2015): *Der Wert gleicher Lebensverhältnisse.* Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Klaus, M., Magel, H. (2016): *Von der Flur- und Dorferneuerung im kleinen Provinzdorf zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im großen China.* zfv, Heft 2/2016, S. 114–121.
- Koppers, L., Miosga, M., Sträter, D., Höcht, V. (2016): *Gleichwertigkeitspostulat für ländliche Räume – verlorenes Ziel oder neue Vision?* In: *Deutsche Landeskulturgesellschaft (Hrsg.): Visionen der Landentwicklung in Deutschland.* Schriftenreihe der DLKG, Sonderheft 8/2016, S. 76–95.
- Lendi, M. (2011): *Ethik in der Raumplanung. Zweckmäßiges und Gebotenes.* In: *Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern. Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen (AMZ) (Hrsg. Silke Franke, Alois Glück und Holger Magel), Heft 78, S. 13–21.*
- Magel, H. (2015): *Mehr Gerechtigkeit für ländliche Räume oder: Jürgen Busses lebenslanger Kampf für »seine« Landgemeinden.* In: *Busse! 26 Jahre Bayerischer Gemeindegtag. 16 Jahre Geschäftsführendes Präsidialmitglied. Festschrift für Dr. Jürgen Busse.* Verlagsgruppe Hühthig Jehle Rehm, München, S. 149–159.
- Magel, H., Thiel, F., Espinoza, J. (2016): *Bodenpolitik und Landmanagement: Eine internationale Perspektive.* In: *Handbuch der Geodäsie (Hrsg. Willi Freuden und Reiner Rummel), Band Bodenordnung und Landmanagement (Hrsg. Theo Kötter), Springer Verlag, Berlin und Heidelberg.* <http://link.springer.com/referenceworkent->

- ry/10.1007%2F978-3-662-46900-2\_84-1, letzter Zugriff 30.08.2016.
- Milbert, A. (2013): *Vom Konzept der Nachhaltigkeitsindikatoren zum System der regionalen Nachhaltigkeit. Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/2013, S. 37–50.
- Magel, Räumliche Gerechtigkeit – Ein Thema für Landentwickler und sonstige Geodäten?! Fachbeitrag 141. Jg. xxx/2016 zfv 7
- Miosga, M. (2015): *Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – Nicht nur Aufgabe der Kommunen*. BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Müller, G. (2014): *Das Potenzial von Religion für nachhaltige Entwicklung und Frieden, Grundsatzrede am 19. Oktober 2014 in Ottobereun*. [www.bmz.de/del/presse/reden/minister\\_mueller/2014/Oktober/20141019\\_rede\\_religion.html](http://www.bmz.de/del/presse/reden/minister_mueller/2014/Oktober/20141019_rede_religion.html), letzter Zugriff am 30.08.2016.
- Nida-Rümelin, J. (2010): *Was bedeutet »gleichwertig« für das Leben der Menschen? Materialiensammlung des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung der TUM* (Hrsg. Holger Magel), Heft 42/2010, S.19–23.
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. C. H. Beck Verlag, München.
- Rawls, J. (1971): *A Theory of Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Redepenning, M. (2016): *Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Mehr als nur eine Worthülse?* [www.regionalbewegung.de/fileadmin/user\\_upload/bundestreffen/Vortraege/Prof.\\_Dr.\\_Marc\\_Redepenning\\_Gleichwertige\\_Lebensverhaeltnisse\\_im\\_laendlichen\\_Raum.pdf](http://www.regionalbewegung.de/fileadmin/user_upload/bundestreffen/Vortraege/Prof._Dr._Marc_Redepenning_Gleichwertige_Lebensverhaeltnisse_im_laendlichen_Raum.pdf), letzter Zugriff 25.08.2016.
- Sandel, M. (2013): *Gerechtigkeit. Wie wir das Richtige tun*. Ullstein Buchverlag, Berlin.
- Schneider, M. (2012): *Raum – Mensch – Gerechtigkeit. Sozialethische Reflexionen zur Kategorie des Raumes*. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Sen, A. (2013): *Die Idee der Gerechtigkeit*. dtv.
- Soja, E. (2010): *Seeking Spatial Justice*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Thöne, K. (2009): *Laudatio zur Verleihung der Friedrich-Robert-Helmert-Gedenkmünze an Holger Magel*. zfv, Heft 4/2009, S. 260–261. UNDP (2015): *Sustainable Development Goals*. [www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/corporate/sustainable-development-goals-booklet.html](http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/corporate/sustainable-development-goals-booklet.html), letzter Zugriff 30.08.2016.
- Volkman, A. (2016): *Sozialräumliche Benachteiligung unter Schrumpfbungsbedingungen*. In: *Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung* (Hrsg. Uwe Altrock und Ronald Kunze), Springer VS, S. 151–170.
- Williams, J. (2013): *Toward a Theory of Spatial Justice. Paper presented at the Annual Meeting of the Western Political Science Association, Los Angeles, 2013*, <https://wpsa.research.pdx.edu/papers/docs/Williams,%20Spatial%20Justice,%20WPSA%202013.pdf>, letzter Zugriff 30.08.2016.
- Xi Jinping (2014): *China regieren*. Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking.

Autor: Univ.-Prof. EoE Dr.-Ing. Holger Magel, FIG Honorary Präsident und Ehrenmitglied des DVW, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Raum in deutschen Ländern; [magel@landentwicklung-muenchen.de](mailto:magel@landentwicklung-muenchen.de); Dieser Beitrag ist auch digital verfügbar unter [www.geodaesie.info](http://www.geodaesie.info).



# ADRESSENVERZEICHNIS DER VERANSTALTER

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.  
(ASG)

Kurze Geismarstraße 33  
37073 Göttingen

Tel.: 0551 49709-0

Fax: 0551 49709-16

E-Mail: [info@asg-goe.de](mailto:info@asg-goe.de)

<http://www.asg-goe.de>

Planung in agrarischen Intensiv-  
gebieten

E-Mail:

[karl-martin.born@uni-vechta.de](mailto:karl-martin.born@uni-vechta.de)

Tel.: 04441-15 241,

Fax: 04441-15 445

Akademie für die Ländlichen  
Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Hamburger Chaussee 25  
24220 Flintbek

Telefon: 04347 704-800

Fax: 04347 704-809

E-Mail: [info@alr-sh.de](mailto:info@alr-sh.de)

<http://www.alr-sh.de>

Arge Ländlicher Raum

Postfach 220012

80535 München

Tel.: 07171 / 917-135

Anmeldung unter:

[www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de](http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de)

Rückfragen bitte an:

[ulrike.schuetze@lel.bwl.de](mailto:ulrike.schuetze@lel.bwl.de)

Akademie Sankelmark

Europäische Akademie

Schleswig-Holstein

Academia Baltica

Akademieweg 6

D-24988 Oeversee

Telefon: 04630-550

Fax: 04630-55199

E-Mail: [info@eash.de](mailto:info@eash.de)

Bildungszentrum für Natur, Umwelt

und ländliche Räume des Landes

Schleswig-Holstein (BNUR)

Hamburger Chaussee 25

24220 Flintbek

Tel: 04347 704 780

Fax: 04347 704 790

E-Mail: [info@bnur.landsh.de](mailto:info@bnur.landsh.de)

Arbeitskreis Dorfentwicklung

PD Dr. Karl Martin Born

Universität Vechta, Driverstraße 22,

49377 Vechta

Institut für Strukturforschung und

Hermann-Ehlers-Akademie

Gurlittstr. 3

24106 Kiel

Tel.: 0431/ 38 92 23

Fax: 0431/ 38 92 38

Christian Jensen Kolleg Breklum  
Kirchenstraße 4  
25821 Breklum  
E-Mail:  
[info@christianjensenkolleg.de](mailto:info@christianjensenkolleg.de)

Schleswig-Holsteinischer  
Heimatbund e.V.  
Hamburger Landstr. 101  
24113 Molfsee  
Tel.: 0431/ 98 384-0  
Fax: 0431/ 98 384-23  
E-Mail: [info@heimatbund.de](mailto:info@heimatbund.de)

Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und  
ländliche Räume  
Mercatorstraße 3  
24106 Kiel  
Telefon: 0431 988-0  
Telefax: 0431 988-7239

